

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Alessandra Cesari: Gastro-Frau zu Getränken, Filmen und Frauenstreik. Seite 18



259 000 000 000
Franken für die Banken...

... aber

... für einen anständigen AHV-Teuerungsausgleich soll kein Geld da sein.
Im Gegenteil: Bankenrettungs-Bundesrätin Keller-Sutter will jetzt bei der AHV sparen. Und für die Pensionskassen sollen wir noch mehr bezahlen für noch weniger Rente. **Jetzt das BVG-Referendum unterschreiben!**

Seiten 4–5 und 10–11

FOTO: SIB / ISTOCK / MICHAEL SCHÖCH / MATTHIAS LUGGEN

Tödliche Jeans

Bego Demir setzte in türkischen Textilfabriken ein Sandstrahlverbot durch. work hat ihn getroffen.

Seite 3

Achtung, Inkasso-Büros!

Sie fordern ungerechtfertigte Gebühren. So wehren Sie sich.

Seiten 14–15

Der Baufrauen-Stammtisch

Auf dem Bau arbeiten erst wenige Frauen. work traf drei von ihnen. Sie sagen, was sich ändern muss.

Seite 7





ALLES NUR GEKLAUT?

Money, money, money must be funny, in a rich man's world – Geld ist lustig in der Welt der reichen Männer. Das werden sich die CS-Manager wohl auch gedacht haben, als sie in den letzten 10 Jahren zwar insgesamt 3 Milliarden Franken Verlust einführen und dennoch ganz fidel 32 Milliarden Franken

Um die Finanzwelt zu retten, muss der Staat einspringen.

Boni einsteckten (Seiten 4 und 5). Dabei erfüllen Boni ihre Aufgabe nicht: im besten Fall sind sie wirkungslos, im

schlechtesten Fall fördern sie betrügerisches Verhalten. Das sagt Antoinette Weibel im Onlineportal Ellex. Sie ist Forscherin an der Universität St. Gallen (HSG), einer Institution fernab jeglicher linker Systemkritik.

RIEN DE RIEN. Um die Finanzwelt zu retten, musste jetzt der Staat einspringen – 14 Jahre, zwei Monate und viele falsche Schwüre nach der UBS-Krise vom Dezember 2008. Denn statt an griffigen Kontrollen wurde fleissig an Karrieren gewerkelt. Non, rien de rien, non, je ne regrette rien ... Die UBS dankt's Finanzministerin Karin Keller-Sutter. Der Deal: Der Bankkonzern kann sich seine ärgste Schweizer Konkurrentin für läppische 3 Milliarden unter den Nagel reissen und bekommt dafür «Versicherungen» im Wert von 259 Milliarden Franken, das Risiko tragen wir alle – ist das alles nur geklaut? Eo, eo.

Geklaut wird unbestritten bei den Renten: ginge es nach der BVG-Vorlage, die die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament jetzt zusammengeschnurpft hat, müssten alle mehr einbezahlen, um weniger zu bekommen (Seiten 10 und 11). So würde zum Beispiel eine 50jährige Schreinerin, die Vollzeit arbeitet, 42 Franken mehr an Lohnbeiträgen leisten, um dafür 271 Franken weniger Rente zu erhalten! Drei mal drei macht vier, widewidewitt und drei macht neune ... Gegen diese Gaga-Vorlage haben die fortschrittlichen Parteien und die Gewerkschaften das Referendum ergriffen.

GRUSLIG. Die Haare wirr zu Berge stehen lässt Coiffure Suisse: Ginge es nach dem Arbeitgeberverband, würden die Mindestlöhne für Coiffeusen und Coiffeure weit hinter der Teuerung zurückbleiben (diese Seite). Mehr noch, die Coiffeurmeister wollen sogar den schweizweit tiefsten kantonalen Mindestlohn von 19 Franken 75 unterbieten! Nicht nur für die Mitarbeitenden wäre der Vorschlag ein Rückschritt, sondern für die ganze Branche. Es metaphysischs Grusle het mi packt im Coiffeur-Gstüel ...

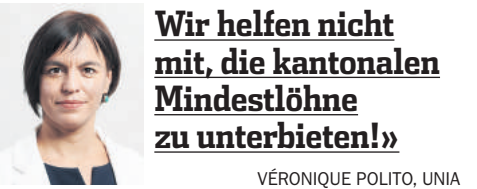
In einer Streik-Dauerwelle befinden sich Zehntausende Lohnabhängige in Deutschland, Grossbritannien und Frankreich. Es ist vor allem die Inflation, die den Menschen ein Loch ins Portemonnaie frisst und sie auf die Strassen treibt. It's the working, the working, just the working life ... In Deutschland zuletzt zu einem Megastreik, der Flughäfen und den Bahnverkehr lahmlegte. In Grossbritannien hatten im Winter zum ersten Mal seit Jahrzehnten die Mitarbeitenden des Gesundheitsdienstes gestreikt und sich damit eine Lohnerhöhung von 5 Prozent erkämpft – und bis heute sind die Gewerkschaften kein bisschen müde. In Frankreich wiederum geht es um die völlig unnötige Rentenreform, die Präsident Emmanuel Macron um jeden Preis durchboxen will, auch wenn dabei die Demokratie flöten geht. Denn es geht um Geld, Geld, Geld (Seiten 8 und 9).

Liedtexte von: Die Prinzen, Abba, Edith Piaf, Pippi Langstrumpf, Mani Matter, Bruce Springsteen

So dreist will der Coiffeurverband die Mindestlöhne drücken
Waschen, schneiden, föhnen – bald zu Dumpinglöhnen?

Die Coiffeurbranche ist eine Tieflohnzone. Die Patrons wollen daran nichts ändern, im Gegenteil: Im GAV wollen sie die tiefsten Löhne real senken statt erhöhen. «Inakzeptabel!» sagt die Unia.

CHRISTIAN EGG
Nein, begehrt ist die Lehre zur Coiffeuse und zum Coiffeur schon länger nicht mehr. Nur noch gut 700 junge Berufsleute machten vorletztes Jahr den Abschluss. Zehn Jahre zuvor waren es noch gut 1200 gewesen.
Ein Grund: die historisch tiefen Löhne in der Branche. Laut dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) liegt der Mindestlohn für eine Lehrabgängerin derzeit schweizweit bei 3800 Franken brutto, für einen ungelernten Berufseinsteiger sogar nur bei 3470 Franken. Und das ohne Anspruch auf einen Dreizehnten, den die Unia schon seit langem fordert.
Dieser Vertrag läuft Ende Jahr aus und sollte derzeit neu verhandelt werden. Wird er aber nicht. Véronique Polito von der Unia-



Wir helfen nicht mit, die kantonalen Mindestlöhne zu unterbieten!«

VÉRONIQUE POLITO, UNIA

Geschäftsleitung spricht Klartext: «Der Arbeitgeberverband Coiffure Suisse hat einen inakzeptablen Vorschlag gemacht und weigert sich, davon abzurücken. So kommen wir nicht weiter!»

WEIT HINTER TEUERUNG ZURÜCK
Konkret wollen die Patrons den Einstiegs-Mindestlohn für Ungelernte, die einen Drittel der Beschäftigten ausmachen, gerade mal um 0,9 Prozent anheben, auf 3500 Franken im nächsten Jahr. Und das bei einer Teuerung von aktuell 3,4 Prozent. Real, also gemessen an den steigenden Preisen, ist das keine Lohnerhöhung, sondern eine Senkung. Doch das ist erst der Anfang.
Auch den heutigen, automatischen Anstieg der GAV-Mindestlöhne in den ers-



GLEICH VIEL ARBEIT FÜR WENIGER GELD: Die Coiffeurmeister wollen die Mindestlöhne in der Branche um 0,9 Prozent anheben. Bei einer Teuerung von 3,4 Prozent! FOTO: ADOBE STOCK

ten fünf Berufsjahren will Coiffure Suisse begrenzen: Zwar würden die Löhne zuerst schneller ansteigen, aber nach zwei Jahren wäre Schluss. Für das Gros der Berufsleute mit vier Jahren oder mehr Erfahrung wollen die Patrons nur eine Erhöhung um blamable 0,5 Prozent von derzeit 3880 Franken (für Ungelernte) auf neu 3900 Franken. Ihr Mindestlohn würde also noch weiter hinter der Teuerung zurückbleiben.

EIN FÜNFTEL WENIGER LOHN
Zusätzliche Sprengkraft erhält der Coiffure-Suisse-Vorschlag durch die Lohndrucker-Motion von Mitte-Ständerat Erich Ettlin, die das Parlament im vergangenen Dezember angenommen hat (work berichtete: rebrand.ly/frontalangriff). Demnach soll künftig ein allgemeinverbindlicher GAV einen kantonalen Mindestlohn übersteuern können. Die 3500 Franken Ungelernten-Mindestlohn von Coiffure Suisse entsprächen 18 Franken 92 pro Stunde – für die ganze Schweiz. Für eine Genfer Coiffeuse, die derzeit vom gesetzlichen Mindestlohn von 24 Franken profitiert, hiesse dies eine Lohnkürzung von mehr als einem Fünftel! Und sogar den tiefsten kantonalen Mindestlohn unterbietet der Coiffeurmeister-Vorschlag deutlich. Nämlich den im Tessin, der ab nächstem Jahr bei

19 Franken 75 liegt. Unia-Frau Polito stellt klar: «Wir helfen nicht mit, die kantonalen Mindestlöhne zu unterbieten!»

GESPRÄCH VERWEIGERT
Nicht nur für die Coiffeur-Mitarbeitenden sei das ein Rückschritt, sagt sie. Auch für die Branche als Ganzes. Denn es sind ausgerechnet die Mindestlöhne für Geringqualifizierte, die der Verband nach unten drücken will. Während er bei Fachkräften mit dreijähriger Lehre zumindest den Erhalt der Kaufkraft vorsieht (plus 110 Franken oder mehr für nächstes Jahr). Doch unter dem Strich wäre das schlecht für fast alle, ist Polito überzeugt: «Das wäre ein Freipass für Barbershops und Billigketten. Sie könnten noch mehr Ungelernte zu Tiefstlöhnen anstellen und damit die Preise noch weiter drücken.»
Die Unia wolle einen GAV, der den Beruf aufwerte und Dumping bekämpfe, betont Polito. «Mit ihrem Vorschlag würde Coiffure Suisse genau das Gegenteil bewirken.» Auf die Aufforderung der Unia, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, reagierte der Verband bisher nicht. An work schreibt Präsident Damien Ojetti, man werde Anfang Mai der Delegiertenversammlung ein «Positionspapier» vorlegen, diese werde entscheiden. Dialogbereitschaft klingt anders.

Für echte Werte



Sandra Künzi lebt und büglet in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit bereitet sie sich und uns auf den Frauenstreik vom 14. Juni 2023 vor: Ahoi!

Kürzlich hatte ich Sex mit einem Banker, den ich zufällig online kennengelernt hatte.
Es war ganz gut, obwohl wir nicht viel gemeinsam haben. Er ist mehr so Golf und Geld und ich mehr so Kultur und Berge.
Nach dem Sex fragte er mich, wie ich denn mein Geld anlege? Ich weiss nicht, warum, aber ich log:
«Ach, ich weiss noch nicht, was ich mit den 500 000 machen soll, die ich kürzlich geerbt habe.» Der Mann wurde hellwach. Ja klar, 500 000 sei nicht viel, aber Elon Musk habe ja auch nur eine wertlose Smaragdmine erbt, und jetzt besitze er Twitter. Ich müsse nur das Geld für mich arbeiten lassen. Ich finde das immer komisch, wenn die Leute sagen, dass das Geld für sie arbeite. Weil vermutlich arbeiten vor allem die Angestellten der Firmen, in die man investiert hat, und nicht das Geld.

CRAZYWOLF. Ich sagte dem Bänker, dass ich nicht drauskomme mit Finanzsachen. «Umso besser», rief er «Umso besser! Ich weiss, was du brauchst!» Ich hätte lieber noch etwas rumgefummelt, aber gegen die Erotik von risikoreichen Finanzanlagestrategien hatte ich keinen Stich. Der Mann war nicht zu bremsen. Er habe genau das Richtige für mich, einen Aktienfonds

der Topklasse. «Sind Aktienfonds der Risiko-kategorie 7 nicht ziemlich riskant?» fragte ich. Er lachte laut, blickte mir tief in die Augen und hielt dazu mein Gesicht, dass es mir schon ein bitzli unangenehm wurde. «Baby, vertraust du mir?» Nein, dachte ich, ich kenn dich nur vom Internet, und du heisst vermutlich Hansruedi und nicht Crazywolf. «Das Vermögen der 300 reichsten Schweizer hat sich in den letzten Jahren verdoppelt! Verstehst du? Einfach so!» Ich nickte sicherheitshalber, obwohl ich genau das nicht verstand. Wie kann sich Geld aus dem Nichts vermehren? Und warum ausgerechnet bei denen, die eh schon zu viel haben?

WALLSTREET 2. Er atmete schneller, und ich hatte Angst, dass er gleich kollabiere. Ich hatte null Lust, an der Réception zu sagen, dass oben ein toter Mann liege, der vielleicht Hansruedi heisse. «Wer hat, dem wird gegeben, Baby! Wer hat, dem wird gegeben!» schrie Crazywolf wie der Prediger einer entfesselten Freikirche. Dazu tanzte er auf dem Bett mit erhobenen Armen und glänzenden Augen. Dann brüllte er so was wie «Elon, ich komme!» und sackte zusammen. Investmentbanking ist echt eine Welt für sich. Nur blöd, wenn dann die Arbeiterklasse ohne Vermögen Banken retten muss, weil die sich verspekuliert haben, trotz den 32 Milliarden Boni für was schon wieder? Ich ging zu Schagge, und wir schauten Wallstreet 2.

Sein Job machte Textilarbeiter Bego Demir krank – dann zwang er den türkischen Staat in die Knie «Plötzlich begannen die Leute zu sterben»

Die Arbeit in einer türkischen Jeansfabrik machte Bego Demirs (42) Lunge kaputt. Doch statt zum Opfer wurde er zum Aktivist – und zwar einem sehr erfolgreichen.

CHRISTIAN EGG

Als er mit 24 Jahren den türkischen Militärdienst macht, merkt der Textilarbeiter Bego Demir: Mit seiner Lunge stimmt etwas nicht. «Beim Rennen war ich sofort ausser Atem», erzählt der Mann mit dem schicken Bart und den rötlichen Haaren. Der Armeearzt tippt auf Tuberkulose – doch alle Tests sind negativ.

Im gleichen Jahr wird ein guter Freund Demirs schwer lungenkrank und stirbt. Sein Beruf bringt den Arzt auf die richtige Spur: Er war Sandstrahler in einer Jeansfabrik, genau wie Demir. Jeden Tag behandelte er Jeansstoff mit Sand, um ihn auszubleichen. Ein Modetrend, der für die Arbeiter lebensgefährlich ist. Quarzstaub lagert sich in ihren Lungen ab. Auch bei Demir. Die Diagnose: Staublunge. Er hat 46 Prozent seiner Lungenfunktion verloren. Für immer.



UNTERWEGS UND GUT GELAUNT: Aktivist Demir unter Textilarbeitern. FOTO: ZVG

KINDERARBEIT

work trifft Bego Demir in Zürich, die Organisation Public Eye hat ihn für einen Workshop eingeladen. Demir spricht ruhig, wirkt fast schüchtern. Aber seine Geschichte hat Kraft. Als 15-jähriger kommt er aus einem kurdischen Dorf nach Istanbul, um Arbeit zu suchen. Es sind die Neunzigerjahre, in den reichen Ländern sollen neue Jeans aussehen, als hätte jemand in ihnen jahrelang Pferde zugeritten: abgewetzt und ausgebleicht. Am billigsten geht das mit Sandstrahlen. In der Türkei, damals die zweitgrösste Jeans-Exporteurin der Welt, machen schätzungsweise 10 000 Menschen nur das. Auch Demir. Zehn Jahre lang.

2009 erliess die Türkei ein Sandstrahler-Verbot. Dank Bego Demir.

Zwölf Stunden dauert eine Schicht, zwei Arbeiter zusammen in einer Kabine. Einer legt die Jeans hin, der andere hält mit dem Schlauch auf die gewünschten Stellen. Mit Hochdruck wird Sand auf den Stoff geschleudert und bleicht diesen aus. Beim Aufprall wird der Sand pulverisiert, Silikonstaub verdunkelt die Luft. Die einfache Maske schützt die Arbeiter nicht, wie Demir heute weiss. «Es ist eine Drecksarbeit. Das machst du nur, wenn du keine Wahl hast.»

ÜBER 100 TOTE IN DER TÜRKEI

Die Staublunge war lange nur als Berufskrankheit von Berg- und Asbestarbeitern bekannt. Es sind türkische Ärzte, die 2004 als erste die Krankheit auch bei Sandstrahlern feststellen. Demir erinnert sich: «Plötzlich begannen die Leute zu sterben.» Bis heute sind 137 Todesfälle bekannt.

Demirs Lunge war ruiniert, aber sein Kampfeswille erwacht. Er schrieb einer Lokalzeitung einen Brief. «Am nächsten Tag war der Brief auf der Frontseite der grössten Zeitung im Land.» Und aus dem Textilarbeiter wurde ein Aktivist. Zusammen



TROTZ STAUBLUNGE: Bego Demir kämpft für eine Textilindustrie, die die Arbeitenden schützt. FOTO: BEGO JEANS

«Fair Fashion»: So geht's

Fair produzierte Jeans von A bis Z? Das geht, sagt Bego Demir. Und beweist es. 2019 gründet er mit Gleichgesinnten das Modelabel «Bego Jeans» und baut eine sozial-ökologische Produktion auf. Keine Chemikalien, faire Löhne, keine Gefährdung der Mitarbeitenden, keine Kinderarbeit, 100% recycelbar. Laut Demir umfasst die Lieferkette 13 Firmen, von der Bio-Baumwollplantage in Zentralanatolien über die Traditionsweberei bis zur Verarbeitung alter Jeans zu Vorhängen.

FAIRNESS VOR PROFIT. Es sind Firmen, die auch andere Unternehmen beliefern. Genau das sei das Ziel gewesen, sagt Demir: «Wir wollen der Industrie zeigen, dass es geht. Zudem haben wir so Botschafter in jeder Fabrik.» Verkauft werden die Jeans in Fairtrade-Läden und im eigenen Webshop. Ist der Aktivist jetzt ein Unternehmer geworden? Demir lacht: «Unser Ziel ist nicht der Profit. Sondern unsere Philosophie zu verbreiten.» (che)

men mit Ärztinnen, Künstlern und Juristinnen gründet er 2008 ein Sandstrahler-Komitee. Demir organisiert Proteste, lässt sich undercover als Sandstrahler anstellen und filmt mit versteckter Kamera für einen TV-Sender. Viele Medien berichten – und der türkische Staat muss handeln: 2009, nach nur einem Jahr Kampagne, verbietet er das Sandstrahlen in der Textilindustrie.

Trotz dem Erfolg hört Demir nicht auf. Denn die globale Textilindustrie verlagert die gefährliche Arbeit in andere Länder, etwa nach Bangladesch. Also lernt Demir Englisch, seine Organisation schliesst sich der internationalen Clean Clothes

Campaign an und plant die Expansion nach Bangladesch. Er erzählt: «2013 waren wir startklar. Doch dann kam die Rana-Plaza-Katstrophe.» Beim Einsturz eines achtstöckigen Gebäudes in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka starben 1135 Menschen, die meisten davon Näherinnen. Und Demir realisierte: Nicht das Sandstrahlen ist das Problem. Sondern eine Industrie, die der billigen Produktion alles unterordnet. Inklusive Menschenleben.

EINE AKTION GEHT VIRAL

Heute macht Demirs Organisation Druck auf die türkischen Kleidermarken, Verantwortung zu übernehmen für ihre Lieferkette. Sie arbeitet dabei auch eng mit den Gewerkschaften zusammen. Etwa 2017, als ein türkisches Subunternehmen Konkurs geht und 151 Arbeiterinnen und Arbeiter um ihre Löhne prellt. Zwar stellten sie Kleider für Zara, Next und Mango her – aber die stehlen sich aus der Verantwortung. «Da liessen wir Karten drucken mit dem Text: (Ich habe dieses Kleidungsstück hergestellt und wurde nicht bezahlt.)» Die Entlassenen gehen heimlich in die Läden und stecken die Karten in die Kleider. Die Aktion geht viral. Am Schluss müssen die Kleiderlabel für die Löhne geradestehen. Für Aktivist Demir zeigt das Beispiel: Die richtige Idee zur richtigen Zeit ist mehr wert als ein Millionenbudget. Er schmunzelt und sagt: «Die Karten haben gerade mal 80 Lira gekostet, etwa 50 Euro.»

Warnpfeiff von den Schoggi-Büezern

BERN. Ein Trillerpfeifenkonzert gegen taube Managerohren: Zu diesem Mittel griffen die Mitarbeitenden der Berner Toblerone-Fabrik am 27. März. Denn der US-Mutterkonzern Mondelez geizt in den Lohnverhandlungen weiterhin – trotz Milliardenproffiten. Zuerst machte er nicht einmal ein Angebot, erst auf Druck der Belegschaft boten die Chefs individuelle Lohnerhöhungen von 1,2 Prozent. Nun erhöhten sie auf 1,5 Prozent. Doch auch damit würde die Teuerung nicht ausgeglichen, geschweige denn die Mehrbelastung durch den geänderten Schichtbetrieb honoriert, wegen dem es weniger freie Wochenenden gibt.

Ein Mindestlohn für den Osten!

ST. GALLEN. In der Ostschweiz sollen alle im Minimum 23 Franken pro Stunde verdienen. Das fordern sämtliche Gewerkschaften in einer Petition. SP-Nationalrätin Barbara Gysi erklärt: «Die Situation ist angespannt. Allein im Kanton St. Gallen arbeiten fast 14 000 Menschen für



BALKON-BEKENNTNIS: Für einen regionalen Mindestlohn. FOTO: ZVG

weniger als 23 Franken.» Nicht besser steht's um den Thurgau, wo fast 10 000 Personen unter dem geforderten Mindestlohn chrampfen. Schon weiter ist da Winterthur, wo der Mindestlohn am 18. Juni vors Volk kommt. Dort vertritt sogar die Stadtregerie die Ja-Parole.

Chaos-Amt wird untersucht

SITTEN. Gesetze missachtet, Steuergelder verschwendet, die Rechte ausländischer Arbeitenden systematisch verletzt – und das seit Jahren! So lautet das vernichtende Fazit der Unia zur Walliser Dienststelle für Bevölkerung und Migration (work berichtete: rebrand.ly/chaosamt). Nun reagiert das Kantonsparlament. Es stimmte gleich zwei dringlichen Resolutionen der Linken und der Mitte zu. Damit muss sich das Chaos-Amt einer Untersuchung der Geschäftsprüfungskommission fügen.

Rachekündigung bei Patek Philippe

GENÈVE. Der Luxusuhrenhersteller Patek Philippe entliess 2020 eine Arbeiterin, nachdem diese an einer Personalversammlung das verbreitete Mobbing kritisiert hatte (work berichtete: rebrand.ly/patek-mobbing). Dagegen klagte sie mit Hilfe der Unia. Nun bestätigt das Arbeitsgericht: Es handelt sich um eine missbräuchliche Rachekündigung. Die Arbeiterin erhält 10 000 Franken Entschädigung – ein Klacks für den Konzern, dessen Uhren bis zu mehreren Millionen Franken kosten. Laut Mitarbeitenden herrscht im Betrieb nach wie vor ein «toxisches» Arbeitsumfeld.

Bundesmilliarden für Bankensicherung anstatt für AHV & Co.

11 Zahlen zu den Bankenrettungs-Milliarden

Insgesamt 259 Milliarden Franken Volksvermögen riskieren der Bundesrat und die Nationalbankspitze unter unterschiedlichen Bezeichnungen zur Rettung der heruntergewirtschafteten Credit Suisse. Eine gigantische Summe. Einige Vergleiche zeigen, was man sonst damit machen könnte.

38 Monate auf sämtliche Bundeseinnahmen verzichten. Die sind nämlich fürs laufende Jahr mit 81,3 Milliarden Franken budgetiert.

6 Jahre AHV ausbezahlen. Im Jahr 2021 beliefen sich alle AHV-Renten auf 43,5 Milliarden Franken.

21 x Gotthard-Basistunnel bauen. Der kostete 12,2 Milliarden Franken (Schlussabrechnung).

10 Jahre keine Mehrwertsteuer erheben. Die ist für 2023 nämlich auf 25,4 Milliarden Franken budgetiert.

25,9 x das Glasfasernetz bis in (fast) alle Haushalte ausbauen.

8 Jahre Krankenkasse Im Jahr 2021 nahmen alle Schweizer Krankenkassen zusammen 32,78 Milliarden Franken Prämien in der obligatorischen Versicherung ein.

9,3 Jahre lang die Bundesbeiträge an die AHV, die IV, die Krankenkassenprämienverbilligungen und das Flüchtlingswesen bezahlen.

14 Jahre Corona In den Jahren 2020 und 2021 gab der Bund zusammen rund 36,4 Milliarden Franken zur Bekämpfung der Covid-Pandemie und zur Linderung der wirtschaftlichen Pandemiefolgen aus.

50 Jahre lang eine 13. AHV-Rente bezahlen. Der Bundesrat und die rechten Parteien halten die AHV-13-Initiative der Gewerkschaften im Unterschied zur CS-Rettung für «nicht finanzierbar».

4 Jahre Migros und Coop

Die beiden Detailhandelsriesinnen verkauften im vergangenen Jahr zusammen Waren und Dienstleistungen im Wert von 64,3 Milliarden Franken.

SVP, FDP, GLP, Mitte: Ja zu Boni-Exzessen!

In der Öffentlichkeit geben sich rechte und bürgerliche Politikerinnen und Politiker mal wieder empört über die Banken-Boni-Abzocker. Doch wenn's im Parlament darauf ankommt, stimmen sie für Boni-Exzesse.

CLEMENS STUDER

Die neuerliche staatliche Bankenrettung macht die Mehrheit in diesem Land hässig. Das merken auch SVP, FDP, GLP und Mitte, die seit der letzten Bankenrettung nichts getan haben, um eine neue zu verhindern (siehe Artikel rechts). Darum überbieten sie sich jetzt mit Empörungsbekundungen. Doch wirksam handeln wollen sie offensichtlich ungefähr so wie nach der UBS-Rettung 2008. Das heisst: gar nicht.

Zwar plädieren sie für eine parlamentarische Untersuchungskommission, was sinnvoll ist, aber dauert. Und die ersten bürgerlichen Ständeräte sind bereits auf die Bremse. Vertreterinnen und Vertreter von SVP, FDP, GLP und Mitte sind jetzt plötzlich gegen Boni und für



SIE WOLLTE ABZOCKEREI STOPPEN: Susanne Leutenegger Oberholzer.

schärfere Eigenkapitalvorschriften. Einige sagen sogar, sie wollten die gleichen Fehler wie 2008 nicht mehr wiederholen. Zumindest in den Medien. Doch entsprechende Vorstösse wollen sie an der nächsterlichen Sondersession nicht behandeln. Obwohl diese zum Teil schon seit andert-halb Jahren behandlungsfähig sind.

GEGEN HÖHERE EIGENMITTEL Zum Beispiel jene Motion der Luzerner SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo, die eine ungewichtete Eigenkapitalquote von mindestens 15 Prozent für systemrelevante, global tätige Banken verlangt. Bis zum 19. März hätte das

auch die CS betroffen, jetzt nur noch die UBS. Eingereicht hat Birrer-Heimo ihre Motion vor fast zwei Jahren. Der Bundesrat hat sie bereits am 25. August 2021 behandelt. Wenig überraschend: Er lehnt sie ab, weil er «keinen Anlass sieht, die Eigenmittelanforderungen (...) zu erhöhen». Da die «Verhältnismässigkeit offensichtlich verletzt» würde.

FÜR BONI-EXZESSE

Eines der extremsten von Dutzenden Beispielen dafür, wie willfährig bürgerliche Politikerinnen und Politiker in den letzten Jahren die Wünsche der Finanzindustrie erfüllen, trägt die Geschäftsnummer 17.3322, stammt aus dem Jahr 2017 und wurde am 6. März 2018 im Nationalrat behandelt. Also vor den letzten nationalen Wahlen 2019. Die Motion stammt von der damaligen Baselbieter SP-Nationalrätin und Finanzexpertin Susanne Leutenegger Oberholzer. Sie verlangte ein Boni-Verbot bei systemrelevanten Banken. Die Begründung der Ökonomin war glasklar. Ebenso klar war die Ablehnung durch den da-

maligen SVP-Finanzminister Ueli Maurer («widerspricht der Wirtschaftsfreiheit», «kein Handlungsbedarf»). Der Nationalrat mochte die Motion nicht einmal diskutieren und lehnte sie mit 61 zu 125 Stimmen ab. Da war es längst nicht mehr fünf vor zwölf, die Uhr zeigte genau 11 Uhr, 59 Minuten und 23 Sekunden. Fünf SVPlern und zwei Mitte-Vertreterinnen wichen von der Parteimeinung ab. Geschlossen gegen die Motion stimmten die FDP und die GLP.

HEUTE NOCH DABEI

Ausdrücklich für weitere Boni-Exzesse bei den faktisch mit Staatsgarantie ausgestatteten Grossbanken stimmten also zum Beispiel der heutige SVP-Präsident Marco Chiesa, der heutige FDP-Präsident Thierry Burkart, GLP-Präsident Jürg Grossen, Mitte-Präsident Gerhard Pfister, der heutige SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi, die heutige FDP-Vize-Fraktionschefin Daniela Schneeberger und GLP-Fraktionschefin Tiana Angelina Moser.

Wie sie sich wohl in den kommenden Wochen und Monaten rausreden werden?

259 Milliarden Franken Volksvermögen: Bundesrat und SNB nehmen volles Risiko, um das herrschende Bankensystem zu retten

Bank krank, Ärzte auch, Systeme sowieso



DUNKLE WOLKEN ÜBER DEM BANKENPLATZ: Der Bund

half der UBS bei der Credit-Suisse-Übernahme, denn eine Verstaatlichung wäre der finale Beweis gewesen, dass der Markt nicht funktioniert. FOTO: KEYSTONE

11 Jahre nach dem «Fall UBS» braucht es jetzt wegen der Credit Suisse Volksvermögen, um das Grossbankensystem zu retten. Die Marktgläubigen saufen sich auf Kosten der Allgemeinheit ihre Welt schön. Und die Finanzministerin will bei der AHV sparen.

CLEMENS STUDER

«Das ist kein Bail-out, sondern eine privatwirtschaftliche Lösung», sagt Finanzministerin Karin Keller-Sutter am 19. März. Bund und Nationalbank haben gerade die enorme Summe von 259 Milliarden Franken Volksvermögen auf den Spieltisch des internationalen Finanzcasinos gelegt. Und «Bail-outs» meint «Rettungsaktionen». Ob das Keller-Sutter in diesem Moment ernst meint, ist zu bezweifeln. Dafür ist sie zu intelligent. Denn selbstverständlich liegt das Volksvermögen auf dem Spieltisch, um der einen Grossbank die Übernahme der anderen Grossbank schmackhaft zu machen. Die Credit Suisse lag nach über einem Jahrzehnt voller Skandale, Grössenwahn und Misswirtschaft am Boden. Sie hatte während der letzten 10 Jahre insgesamt 3 Milliarden Franken Verlust ausgewiesen. Und in der gleichen Zeit 32 Milliarden Franken Boni an ihre Managerinnen und Manager überwiesen. In dieser Zeit sank der Aktienkurs – aus börsenkapitalistischer Logik der einzige Leistungsweis – von 20,40 Franken (15. März 2013) auf 1,83 Franken (17. März 2023).

BERUHIGUNGSSPIELE Statt die Grossbanken zu zähmen, würgten FDP und die damalige CVP (heute Mitte) auf Wunsch der Finanzindustrie das Konzept «Too big to fail» durch. Angeblich sollte so künftig vermieden werden, dass bei Banken, die sich verzocken, das ganze Land in Geiselschaft genommen wird. Das «langweilige Schweizer Geschäft» sollte im Krisenfall eigenständig weiterfunktionieren,

die Schwüre waren nichts wert. Denn als 2008 die UBS gerettet werden musste, waren die nationalen Wahlen erst zwei Monate her. Da liess sich leicht reden – und in den kommenden Jahren noch leichter nichts machen. Die Linke – und eine Zeitlang auch Teile der SVP – verlangten ein Trennbankensystem. Das heisst: das «langweilige» Einlagen- und Kreditgeschäft sollte von der internationalen Zockerei getrennt werden. Die selbsternannten «Masters of the Universe» sollten ihre Spekulationen auf eigene Rechnung machen. Wenn sie scheitern, verbrennen sie das Geld anderer Spekulanten. Und kein Volksvermögen. Doch das Geschäftsmodell mit einer faktischen Staatsgarantie ist einfach zu verlockend: die Gewinne privat, das Risiko dem Staat. So lässt sich lustig geschäfteln. Bis in den Abgrund.

WARNUNGEN Diese Expertinnen und Experten haben ebenso recht bekommen wie die linken Politikerinnen und Politiker, die in den folgenden Jahren immer wieder versuchten, das System wenigstens ein bisschen zu verbessern. Sämtliche entsprechenden Vorstösse scheiterten an den bürgerlichen Parlamentsmehrheiten (siehe Artikel links). Auch der Bundesrat freute sich über die im Vergleich mit anderen Finanzplätzen «liberal und subsidiär ausgestaltete Regelung, die auf strikte organisatorische Vorgaben verzichtet».

DROHUNGEN Immer wenn Verschärfungen vorgeschlagen wurden, drohten die Banker mit Stellenabbau und der Abwanderung. Man wäre dann nicht mehr «konkurrenzfähig». Brady Dougan war von Mai 2007 bis Juli 2015 CS-Konzernchef. In diesen 8 Jahren kassierte er 161 Millionen Franken, und der Aktienkurs brach um über 60 Prozent ein. Er formulierte die Bankenanliegen so: «Wir machen uns Sorgen, dass die unzähligen Regulierungsvorhaben der Finanzbranche Hand-schellen anlegen und damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen.» Die bürgerlichen Parteien warnten auftragsgemäss immer vor «Vorsprechen». Und entschieden auch so. Die Vorschriften, wie viel Eigenkapital in welcher Form eine Bank für welche Geschäfte haben muss, blieben entsprechend schwach, die Kontrollen zahn. Die Finanzmarktaufsicht (Finma) blieb ein zahnlöser Tiger. Von 600 Mitarbeitenden waren gerade einmal 6 für die Credit Suisse zuständig. Und immer wieder wechselten Finma-Leute den Hut und in die Finanzindustrie. Wer will sich mit solchen Aussichten schon übermässig unbeliebt machen?

Bei jedem Verschärfungsvorschlag drohten die Banker mit Stellenabbau und Abwanderung. während das internationale Investmentbanking in den Konkurs geschickt würde. In der Kommission, die das Konzept ausarbeitete, sass auch die Grossbanken. Für die UBS Ulrich Körner, der jetzt als letzter CEO der CS die Bank endgültig gegen die Wand fuhr. Für die CS der damalige CS-Verwaltungsrats-Vize Urs Rohner. Dieser trat 2021 zurück: nach 12 Jahren, einer Beförderung zum Präsidenten, unzähligen Skandalen und 52 Millionen Franken Vergütungen. Nicht im Solde von Banken und Versicherungen stehende Expertinnen und Experten

zweifelten schon damals ernsthaft daran, dass dieses «Too big to fail»-Konzept im Fall der Fälle funktionieren wird.

um schliesslich zu fallen, direkt in die mit Volksvermögen weichegepolsterten Arme der UBS. Denn fast noch mehr als einen CS-Konkurs fürchteten die Marktideologen und ihre Bundesrätinnen und -räte eine Verstaatlichung der CS. Dabei sind alleine die vom Bundesrat der UBS

Keine Woche nach dem Milliarden-Regen für die Banken will der Bund seinen AHV-Beitrag um 190 Mio. kürzen. direkt garantierten 9 Milliarden zur Übernahme allfälliger Verluste drei Mal höher als der Kaufpreis, den die UBS für die CS schliesslich angeboten hat.

Denn eine Verstaatlichung wäre der finale und nicht wegzudiskutierende Beweis dafür gewesen, dass der Markt nicht funktioniert, die Sache mit der «unternehmerischen Verantwortung» der Bankmanager ein Märchen ist und das «Too big to fail»-Konzept untauglich.

SPAREN BEIM SOZIALEN Wer nun aber meinte, nach dem Milliarden-Regen zugunsten des Bankensystems würden die Firmensteuer-Senkerinnen und Sparfetischisten wenigstens für ein paar Wochen zerknirscht und oder zumindest nicht mehr öffentlich von weiterem Sozialabbau reden, glaubt an den Osterhasen. Finanzministerin Karin Keller-Sutter sagte in der NZZ zum Thema Bundesfinanzen: «Wir müssen (...) an die Wurzel gehen. Wir haben (...) überproportional wachsende Ausgaben bei der sozialen Wohlfahrt. Die Ausgaben allein für die AHV machen inzwischen rund 17 Prozent des Bundesbudgets aus. Wir werden auch hier ansetzen müssen. Das hat der Bundesrat im Grundsatz bereits beschlossen», und meinte damit die Abschaffung der Witwenrente in der heutigen Form. Und die Kürzung des Bundesbeitrages an die AHV um 190 Millionen Franken. Das war am 25. März. Keine Woche nach dem Milliarden-Regen für die Banken.

So machen bürgerliche Politik, wenn man sie lässt.



AN DER FRONT: Viele CS-Mitarbeitende in den unteren Chargen fürchten um ihre Stelle. SYMBOLBILD: KEYSTONE

17 000 Jobs in Gefahr: Monsterbank vor Monster-Kahlschlag?

Nach der Megafusion sitzt der Schock bei den Angestellten tief. Ihre Zukunft ist ungewiss.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Übernahme kam quasi über Nacht – auch für die 17 000 CS-Mitarbeitenden in der Schweiz. Für die meisten von ihnen ist die Verschmelzung mit der alten Konkurrentin UBS mit immensen Zukunftsängsten verbunden. Denn die neu geschaffene Monsterbank dürfte zu einem massiven Stellenabbau ausholen. Und die CS kommunizierte diesbezüglich nur sehr vage: Die UBS habe «ihre Zuversicht zum Ausdruck gebracht», dass «die Mitarbeitenden der CS» weiterbeschäftigt werden könnten. Wirkliche Zuversicht tönt jedenfalls anders. Auch für Julia Näf* (30). Die langjährige CS-Mitarbeiterin hat work ihre Sorgen anvertraut:

«Seit über 13 Jahren arbeite ich für die Credit Suisse, bei ihr habe ich meine ersten Schritte in die Arbeitswelt gewagt, und sie hat mich nach meinem Lehrabschluss stetig gefördert. Eigentlich war ich immer ziemlich stolz, bei einer Grossbank zu arbeiten. Dass die Credit Suisse einmal gerettet werden muss, hätte ich niemals für möglich gehalten. Als ich am Montag nach der Fusion den Laptop aufklappte, hatte ich ein mulmiges Bauchgefühl. Wie geht es weiter? Was passiert mit uns Mitarbeitenden? In den verschiedenen Meetings und Info-Mails hiess es im wesentlichen: Ruhe bewahren. Uns wurde versichert, dass der Lohn am 24. März normal ausgezahlt werde. Das hat mir schon eine grosse Last abgenommen. Denn auch mein Partner arbeitet bei der CS. Ein Lohnausfall von beiden wäre fatal, Nebeneinkommen haben wir keine. Ich arbeite eher im Backoffice, Kundenkontakt habe ich selten. Doch für meine Kolleginnen und Kollegen an der Front waren die Tage nach der Übernahme streng. Wie es mit uns weitergeht, erfahren wir erst in den kommenden Wochen oder Monaten. Der Betrieb läuft normal weiter – oder besser gesagt so normal wie möglich.»

Viele der Mitarbeitenden sind eingeschüchtert, öffentlich zur Situation wollen sich die wenigsten äussern. Besonders Bankmitarbeitende mit Kundenkontakt bestätigen gegenüber work: Die Stimmung sei teilweise am Tiefpunkt – bei den Kundinnen und Kunden wie auch bei der Belegschaft. Der Schweizerische Bankpersonalverband (SBPV) sorgt sich um das Schicksal der Tausenden Bankangestellten.

«NOTRECHT» AUCH FÜRS PERSONAL SBPV-Geschäftsführerin Natalia Ferrara sagt: «Es darf nicht sein, dass die Unternehmen durch Steuer-gelder gesichert werden, aber die Mitarbeitenden leer ausgehen. Bankrettung muss auch Arbeitsplätzerettung heissen.» Der SBPV hat deshalb in einer Petition konkrete Forderungen aufgestellt: Der Verlust der Arbeitsplätze muss auf einem absoluten Minimum gehalten werden. Gefordert ist etwa ein Einstellungsstopp bis Ende 2023 sowie ein Kündigungsschutz für alle Mitarbeitenden ab 55. Weiter verlangt der Verband: Wer eine Kündigung erhält, muss durch die UBS in der beruflichen Laufbahn unterstützt werden. Beispielsweise durch Umschulungen und Karriereberatungen. Zudem fordert der SBPV eine Verbesserung des aktuellen Sozialplans. Der SBPV seinerseits hat bereits eine ausserordentliche Taskforce aufgestellt. «Notrecht» brauche es in dieser Situation nicht nur für die Banken, sondern im übertragenen Sinne auch für das Personal, doppelt Ferrara nach. Petition jetzt unterschreiben: [bankpersonal.info/petition](https://www.bankpersonal.info/petition).

* Name geändert



CS-Crash in der Baubaracke

Noch nie sah ich ein Schweizer Politereignis in unserer Baubaracke so einschlagen wie den Crash der Credit Suisse. Es ist eine unschöne Mischung aus Angst und Wut, die sich jetzt unter den Kollegen breitmacht. Was pas-



Marius Käch ist Maurer in Zürich und Gewerkschafter.

siert mit unseren Sparplänen? Dem Traum vom eigenen Haus drüben in der Heimat? Sind unsere Anlagen in der Pensionskasse noch sicher? Warum macht der Bund nichts gegen unseren Lohnverlust bei der Inflation? Warum tut er nichts für das Gesundheitswesen? Und warum kümmert er sich nicht um die Wohnungsnot? Geld scheint ja zur Genüge vorhanden zu sein. Die vielen Diskussionen in der Pause werfen im Moment aber mehr Fragen als Antworten auf.

Der Bund hilft den Banken, ohne zu zögern, und wir werden seit Jahr und Tag nur vertröstet.

um die Wohnungsnot? Geld scheint ja zur Genüge vorhanden zu sein. Die vielen Diskussionen in der Pause werfen im Moment aber mehr Fragen als Antworten auf.

ZOCKEREI AUSBADEN. Als Bauarbeiter sind wir ja auch keine Finanzexperten. Doch etwas sehen wir ganz genau: Wenn es um die grossen Kapitalinteressen geht, zögert der Bund keine Sekunde. Wir einfache und arbeitende Menschen dagegen werden seit Jahr und Tag vertröstet. In der Krise zeigt sich das wahre Gesicht unserer Regierung. Jede Krise der letzten Jahre mussten wir auf dem Bau selbst ausbaden. In der Pandemie riskierten wir unsere Gesundheit. Mit der Inflation sanken unsere Reallöhne. Und jetzt dürfen wir mit unseren Steuerbätzen den Finanzsektor stützen.

WIR VERGESSEN NICHT! Trotz der fehlenden Berufserfahrung als Banker ist jedem meiner Kollegen klar: Mögen unsere feinen Damen und Herren am Paradeplatz nun noch so sehr mit Investitionen, Anleihen oder Transfers zocken – einen wirklichen Mehrwert für unsere Gesellschaft leisten sie nicht. Kapital wird von A nach B verschoben und zurück, neue Arbeitsplätze werden geschaffen, andere vernichtet, aber davon allein steht kein Haus, läuft kein Spital und bleiben die Lebensmittelregale leer. Und nun dürfen wir, die diese Gesellschaft am Laufen halten, für die Boni-Kassierer blechen. Jeder sieht die Unverschämtheit, dass die Gewinne der CS in die Taschen einiger weniger geflossen sind und nun die Allgemeinheit für ein absurdes, dekadentes und schädliches System geradestehen muss. Für uns in der Baracke ist das nicht hinnehmbar – für keinen und keine. Und noch etwas ist klar: Das Verhalten unserer Regierung werden wir nicht so schnell vergessen – garantiert nicht!

Urteil in Genf: Temporär-Obergrenze auf den Baustellen bleibt Meilenstein gegen Exzesse im Bau-Personalverleih!

Das Genfer Verfassungsgericht lässt die Temporärindustrie abblitzen. Die kantonale 20-Prozent-Obergrenze für Temporäre auf öffentlichen Baustellen ist rechtens.

JONAS KOMPOSCH

Gute Neuigkeiten für Bauarbeiter in Genf! Der Kanton drückt aufs Gas bei der Beschränkung der Temporärarbeit auf dem Bau. Das kantona-

Temporäre haben ein höheres Unfallrisiko und tiefere Renten,...

le Verfassungsgericht hat nämlich am 16. Februar mehrere Rekurse von Temporärfirmen und ihrem Branchenverband Swisstaffing abgewiesen. Diese hatten im Mai letzten Jahres gegen eine von der Genfer Regierung vorgelegte und vom Kantonsparlament genehmigte Gesetzesänderung geklagt. Das neue Gesetz bringt zwei starke und schweizweit einmalige Massnahmen: Zum einen wird der Einsatz von Temporärarbeitenden auf Baustellen der öffentlichen Hand begrenzt – auf maximal 20 Prozent pro Unternehmen auf derselben Baustelle. Zum

Weiterer Genfer Erfolg: Mehr Macht für Baustellen-Kontrolleure

Nicht nur bei der Eindämmung der Temporärarbeit macht Genf vorwärts. Das Kantonsparlament hat am 3. März schweizweit Einmaliges beschlossen – und zwar einstimmig: Künftig dürfen Baustellen-Kontrolleurinnen und -Kontrolleure eine Baustelle sofort schliessen, wenn auf ihr Schwarzarbeit, Lohndumping oder krasse GAV-Verstösse entdeckt werden.

POLIZEIHILFE. Auch wenn sich Firmen einer Kontrolle entziehen, kann die ganze Baustelle geschlossen werden – wenn nötig mit Hilfe der Polizei. Freigegeben wird eine Baustelle erst wieder, wenn Verträge und Gesetze respektiert werden. Der Beschluss gilt für öffentliche wie private Baustellen und wird von allen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden unterstützt. (jok)



HEUTE GEBÜEZT, MORGEN GEKÜNDIGT: Möglichst billig wollen die Firmen ihre Arbeitskräfte haben – und sie möglichst schnell wieder entlassen können. FOTO: ISTOCK

anderen werden die Generalunternehmer stärker in die Verantwortung genommen. Sie müssen neu regelmässig und bis zum Bauabschluss kontrollieren, wie viele Temporärangestellte eingesetzt werden.

TEMPORÄRFIRMEN TROTZEN

Das passt den Personalverleihern gar nicht. Sie sehen die Wirtschaftsfreiheit verletzt. Nun schafft das Genfer Verfassungsgericht Klarheit: Die Begrenzung der Temporärarbeit sei zwar tatsächlich eine Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit, aber eine durchaus legitime und verfassungsmässige. Denn es handle sich um eine sozialpolitische Massnahme im öffentlichen Interesse. Explizites Ziel von Regierung und Parlament war es denn auch, die negativen Auswirkungen der Temporärarbeit einzudämmen. Insbesondere das erwiesenermassen höhere Unfallrisiko bei Temporären und die schlechteren Rentenleistungen in der beruflichen Vorsorge bewogen die Regierung zum Handeln.

«HIRE AND FIRE» NIMMT ZU

Die Temporärfirmen könnten das Urteil noch ans Bundesgericht weiterziehen. Ob es dazu kommt, sei jedoch noch nicht beschlossen, heisst es auf Anfrage bei Swisstaffing. Ein er-

mutigendes Signal ist das Urteil so oder so. Denn eine Temporär-Obergrenze gehört seit Jahren zu den Forderungen der Unia-Bauarbeiterparlamente. Kein Wunder. Heute arbeitet jede und jeder vierte Temporärangestellte in der Schweiz auf dem Bau. 10 Prozent der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten sind temporär angestellt. Sogar auf bis zu 20 Prozent steigt der Anteil in der Hochsaison. So zumindest hat es der Schweizerische Gewerkschaftsbund errechnet. «Nur» halb so hoch sind die Zahlen laut dem Schweizerischen Baumeisterverband.

Sicher ist: Branchenübergreifend hat sich der Temporäranteil seit den 1990er Jahren mehr als verfünffacht. Und auf dem Bau ist der Anteil um ein Vielfaches höher als in der Gesamtwirtschaft. Dabei geht es den Firmen immer weniger darum, saisonale Spitzen abzudecken. Vielmehr wollen sie über Arbeitskräfte verfügen, die vergleichsweise billig sind und rasch wieder entlassen werden können. Und immer wieder werden ältere Festangestellte entlassen, um sie am nächsten Tag zu schlechteren Bedingungen wieder temporär einzustellen.

... das brachte die Regierung zum Handeln.

Bezirksgericht Zürich: Historisches Urteil gegen Menschenhandel 10 Jahre Knast für Schweizer Gipsermeister

Vor sieben Jahren stoppte die Unia Zürich einen brutalen Buezerschinder. Jetzt muss er wegen Menschenhandels hinter Gitter. Doch harte Strafen genügen nicht.

JONAS KOMPOSCH

Zehn Jahre Gefängnis, 6000 Franken Geldstrafe, 25000 Franken Gerichtsgebühr und rund 100000 Franken Schadenersatz und Genugtuung für die betroffenen Buezer. Diese saftige Strafe hat das Zürcher Bezirksgericht am 20. März einem Schweizer Bauunternehmer aufgebremst. Das Gericht sprach den 42-jährigen des gewerbmässigen Menschenhandels schuldig. Auch dreizehn weitere Delikte sah es als erwiesen an – darunter gewerbmässigen Wucher und mehrfache Urkundenfälschung. Es ist ein historisches Urteil! Noch nie zuvor wurde in der Deutschschweiz ein Bauunternehmer wegen Menschenhandels verurteilt. Erst das Strafgericht von Genf hatte 2021 einem auf dem Bau tätigen Menschenhändler den Prozess gemacht. Der neue Fall wiegt aber ungleich schwerer.

«WIE SKLAVEN HALTEN»

Laut der zuständigen Staatsanwältin hat der Mann von 2012 bis zu seiner Verhaftung 2017 Gipser aus Osteuropa mit falschen Lohnversprechen in die Schweiz gelockt und



GEFÄNGNIS STATT LUXUS: Der Menschenhändler muss zehn Jahre hinter Gitter. FOTO: WORK

hier zu Stundenlöhnen von 80 Rappen bis 9 Franken ausgebeutet (work berichtete: rebrand.ly/buezervergasen). Untergebracht hatte er sie in einer schimmigen Abbruchbude. Zu seiner Frau sagte der Chef sogar einmal: «Die Sieche söttsch all halte wie Sklave, wie imene KZ, vernichte, vergase, das Pack!» Laut Anklage waren bis zu 100 Arbeiter betroffen. Das schenkte ein. Mehrere Millio-

nen Franken habe der Mann umgesetzt. Steuern oder Abgaben habe er nie bezahlt. Umso mehr blieb ihm für sein Luxusleben.

SOFORTHAFT WEGEN FLUCHTGEFAHR

Im Privatjet flog er in die Ferien. Im Ferrari fuhr er an Pferderennen nach St. Moritz. Und regelmässig logierte er in Zürcher Nobelhotels wie dem «Dolder Grand». Nun ist fertig lustig. Bei Redaktionsschluss war das Urteil

70 Mal fiel der Gipsermeister auf, bevor die Behörden eingriffen.

Ende gut, alles gut? Nein, sagt Bruna Campanello, Unia-Sektorleiterin Gewerbe: «Dieser Unternehmer wurde erst nach fünf deliktreichen Jahren gestoppt – das ist viel zu spät!» Tatsächlich ist der Fall für die Behörden kein Ruhmesblatt. Zumal sie mit dem Verurteilten in den fünf Jahren 70 (!) Mal Scherereien hatten. Auch bezeichnend: Es war letztlich die Unia, die den Fall ans Licht brachte. Campanello fordert daher mehr Rechte für die Kontrollorgane: «Wenn sie krasse Regelverstösse entdecken, müssen sie Baustellen sofort schliessen können.» Doch das ist erst im Kanton Genf möglich (siehe Artikel oben).



BAUFRAUEN: Verschiedene Berufe, aber viele Gemeinsamkeiten haben Rashel Werlen, Fabienne Binggeli, Delia Dällenbach (v.l.). FOTOS: MATTHIAS LUGGEN

Klartext am Baubüezerinnen-Stammtisch: Hey, Mann, das können wir auch!



Auf dem Bau arbeiten nur wenige Frauen. Damit sich das ändert, muss ein Ruck durch die Branche. Wo die Probleme sind, verraten drei Buezerinnen work beim Pizza-Znacht.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Treffpunkt: 18.30 Uhr, Pizzeria Piccola Napoli. Was nach warmen Sommernächten in Italien klingt, ist eine Berner Beiz. Hitzig wie im fernen Neapel wird es trotzdem. Denn am Stammtisch packen drei Buezerinnen aus. Sie erzählen, wie es ist, als Frau auf dem Bau zu arbeiten.

Delia Dällenbach (25) freut sich auf ihre Pizza Funghi, denn sie hatte einen strengen



«Der Frauenstreik ist für mich Pflichtprogramm.»

FABIANNE BINGGELI, MALERIN

Wochenstart. Die Zimmerin in Ausbildung muss um 7 Uhr auf der Baustelle stehen. «Früh aufstehen und draussen arbeiten – daran musste ich mich zuerst gewöhnen.» Denn für die junge Frau ist es die zweite Lehre. Sie absolvierte zuerst das KV und jobbte im Büro. Doch schnell habe sie gemerkt: «Ich muss raus und meine Hände dreckig machen!»

Auch Fabienne Binggeli (31) bestellt eine Pizza Funghi. Diese Entscheidung fiel ihr leicht. Fast wie bei der Berufswahl vor einigen Jahren: «Malerin ist einfach mein Beruf!» Von ihrem letzten Projekt, einem Reihenhaushaus, erzählt sie begeistert. Sie habe die Hütte «ordentlich in Farbe getunkt». Es gab grüne, blaue und rote Wände. «Das macht tausendmal mehr Spass, als nur mit Weiss zu streichen!» Nicht zuletzt, weil

sie auch das Farbkonzept mitgestaltet hat. Binggeli hat sich nach ihrer Lehre unter anderem zur Projektleiterin weitergebildet.

Die Bestellung von Malerin Rashel Werlen (35) bleibt simpel: Pizza Margherita und ein Mineral dazu. Schon nach wenigen Minuten ist das Znacht serviert. Ganz anders war die Stellensuche – die lief für die Malerin und Dreifachmama weit weniger glatt. Dass sie eine Stelle in einem 40-Prozent-Pensum gefunden hat, grenzt fast schon an ein Wunder. Sie sagt: «Im Malerbusiness gibt's zu wenige Teilzeitstellen. Und wenn sie mit 80 Prozent ausgeschrieben sind, dann ist damit ein «Papi-Tag» gemeint. Ohne Witz – das wurde mir bei einer Absage so gesagt.»

UNGENÜGENDER MUTTERSCHUTZ

Werlen war die erste Frau, die im Wallis die Doppellehre als Gipserin und Malerin absolviert hat. Seither arbeitet sie ausschliesslich als Malerin – auch während ihrer drei Schwangerschaften. «Schwangere Frauen auf dem Bau haben keinen Schutz», wirft Werlen in die Runde. Und fragt: «Wie soll ich hochschwanger schwere Farbkübel tragen oder Leitern besteigen?» Unmöglich sei das. Das sah auch ihre Ärztin so, die sie jeweils im fünften Monat krankschreiben musste. Sie kenne aber Baufrauen, die bis in den achten Monat arbeiten mussten. «Das mit den 14 Wochen Mutterschutz ist ein schlechter Witz», ergänzt die Malerin. Dällenbach und Binggeli schütteln den



«Wie soll ich hochschwanger schwere Farbkübel tragen?»

RASHEL WERLEN, MALERIN-GIPSERIN

Kopf. Auch als Nichtmütter verstehen sie Werlen gut. Der Appetit vergeht ihnen aber nicht. Als Frau auf dem Bau seien sie so einiges gewohnt. Binggeli erzählt: «Kunden und Bauherren fragten mich noch bis vor kurzem ständig, ob ich noch in der Lehre sei.» Dabei hat sie schon viele Jahre Arbeitserfahrung. Aber es sei halt wirklich so, dass viele Malerinnen bald nach der Lehre den Beruf enttäuscht aufgaben. Etwa weil Teilzeitmöglichkeiten so rar seien. Und Binggeli doppelt nach: «Oft sind Auftraggeber überrascht, wenn ich meine Arbeit ohne männliche Hilfe zu Ende bringe.» Zimmerin Dällenbach kennt das nur zu gut: «Ich werde ständig gefragt, ob mir die Arbeit nicht zu

streng sei. Der Beruf als Zimmerin ist toll, und ich arbeite gerne körperlich. Aber weil wir Frauen sind, traut man uns nichts zu!»

WENN TOILETTEN FEHLEN

Bauberufe sind von Männern dominiert, deshalb ist auch alles auf sie zugeschnitten. Das merken die drei Frauen. «Das Werkzeug und



«Ich muss raus und meine Hände dreckig machen!»

DELIA DÄLLENBACH, ZIMMERIN

die Maschinen sind nur für grosse Hände gemacht», sagt Malerin Werlen. Binggeli kennt das Problem bei der Arbeitskleidung: «Zu meiner Lehrzeit gab es keine Kleider, die mir gepasst haben. Ich musste in riesigen T-Shirts arbeiten.» Anders bei Dällenbach. Sie konnte sich vor ihrem Lehrbeginn im vergangenen Sommer mit genügend passenden Arbeitskleidern eindecken. «Mittlerweile gibt es Hersteller, die auch Frauenkleider machen.»

Gröber klemmt es hingegen noch bei der Infrastruktur. Auf vielen Baustellen gibt es zu wenige oder gar keine Toiletten. «Das ist echt übel, besonders während der Periode», sagt Malerin Binggeli. Ähnlich schleppend geht es beim Thema Sexismus voran: Alle drei Buezerinnen hatten auf der Baustelle unangenehme Erlebnisse mit Männern. Dazu gehören Machtspiele, dumme Sprüche und Vorurteile.

STREIKEN ALS MUTTER

Die Probleme zeigen: Der Frauenstreik am 14. Juni ist auch auf dem Bau bitter nötig. Was sind die Pläne der Buezerinnen? Malerin Binggeli ergreift als erste das Wort: «Ich habe beim Chef schon lange angekündigt, dass ich nicht auf der Baustelle sein werde. Der Frauenstreik ist für mich Pflichtprogramm!» Ihre Berufskollegin Werlen: «Am Mittwoch habe ich meine Kinder. Als Mutter zu streiken ist nicht so einfach.» Und die Lernende Dällenbach hat schon ein paar Ideen: «Ich möchte früher Feierabend machen und unsere Baustellen lila schmücken. Und vielleicht schaffe ich es, meine Kollegen zu überzeugen, lila Shirts zu tragen und Fahnen aufzuhängen.»

Am 22. April findet in der Unia-Zentrale Bern der Bau-Buezerinnen-Kongress statt. Anmelden können Sie sich unter gewerbe@unia.ch.

Wieder eine Schlappe für Uber

Kantone in der Pflicht

Das Bundesgericht doppelt nach: Uber ist Arbeitgeber. So langsam gehen den Laisser-faire-Kantonen die Argumente aus.

CHRISTIAN EGG

Eigentlich war es immer klar: Der Dumping-Taxidienst Uber ist ein Arbeitgeber. Weil sich die Fahrerinnen und Fahrer den Weisungen des Konzerns fügen müssen. Weil sie nur theoretisch frei sind, eine Fahrt abzulehnen – weil Uber sie jederzeit aus der App ausschliessen kann. Und so weiter.

Im letzten Mai bestätigte das Bundesgericht in letzter Instanz: Uber ist ein Arbeitgeber (work berichtete: rebrand.ly/rotekarte). Seither versucht der Kanton Genf nicht immer erfolgreich, aber hartnäckig, auf seinem Gebiet diesen Grundsatz durchzusetzen. Gegen ein Unternehmen, das alle Register zieht, um sich dem Zugriff des Staates zu entziehen – nach



DUMPING-TAXI: Die Gerichte haben gesprochen, jetzt müssen die Kantone handeln.

dem Motto: «Diese Gesetze passen nicht zu unserem Geschäftsmodell. Wir ignorieren sie einfach.» (Siehe auch den work-Beitrag über Ubers Geheimdeals mit Regierungsvertretern: rebrand.ly/uberlobby).

KEIN REZEPT – ODER KEINE LUST?

Genf macht vorwärts – und die anderen Kantone? Na ja. Einige gaben Lippenbekenntnisse ab. Andere gaben sich ehrlich Mühe, das Bundesgerichtsurteil umzusetzen, fanden aber gegen den wendigen Gegner kein Rezept. Wieder andere, etwa Zürich und Basel-Stadt, sagten mehr oder weniger offen: Wir unternehmen nichts. Wir warten auf ein anderes Bundesgerichtsurteil.

Jetzt hat das höchste Gericht auch diesen Fall entschieden. Und sagt: Uber ist Arbeitgeber. Auch was die Sozialversicherungen angeht. Es beantwortet damit eine

In den nächsten Tagen bekommen die Kantone Post von der Unia.

Frage, die work bereits 2015 beschäftigte. Unter dem Titel «Billigfahrdienst im Visier der Justiz»

sagte damals die Sprecherin der Ausgleichskasse des Kantons Zürich: «Der Entscheid wird uns zeigen, ob Uber die AHV-Pflicht umgeht.» Doch bis zum rechtskräftigen Entscheid dauerte es ganze acht Jahre.

FREISINNIGE UND ANDERE HELFER

Aber jetzt hat auch der hinterletzte Lari-fari unter den Kantonen keine Ausrede mehr. Sollte man meinen. Wüssten wir nicht, dass Uber mit Millionenbudgets (auch) in der Schweiz lobbiierte und viele bereitwillige und freisinnige Helfer fand und wohl immer noch findet. Und dass viele Kantone von Freisinnigen und anderen Rechten regiert werden.

Unia-Mann Roman Künzler sagt nach dem Urteil: «Der Ball liegt jetzt bei den Kantonen, die bisher abgewartet haben.» Doch ob sie ihn auch fangen, den Ball? Künzler, auch er seit Jahren immer wieder mit Uber beschäftigt, geht lieber auf Nummer sicher. In den nächsten Tagen bekommen die Kantone Post mit dem Unia-Logo. Künzler: «Wir werden sie an ihre Pflicht erinnern, die geltenden Gesetze durchzusetzen.»

Affaire à suivre.

Frauenstreikzahl:

40% der Lernenden im Malergewerbe sind Frauen. Doch viele verlassen den Beruf wieder, etwa weil Teilzeitpensen für Mütter fehlen. Dadurch sinkt der Frauenanteil in der Branche insgesamt auf 20%.

EU-Mindestlohnrichtlinie III
Neue soziale Standards

Was bringt die neue EU-Mindestlohnrichtlinie für Beschäftigte in der Schweiz? Vorerst nichts, denn die EU-Kommission verlangt nicht, dass die Schweiz das Arbeitsrecht der EU übernimmt. In den bilateralen Verträgen mit der EU geht es um den gegenseitigen Marktzugang und nicht um die sozialen Leitplanken, die eigentlich auch zum EU-Binnenmarkt gehören. Das ist ein Konstruktionsfehler. Und deshalb



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

gibt es die flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz.

Die EU-Mindestlohnrichtlinie ist dennoch wichtig für alle Menschen, die in der Schweiz arbeiten, denn sie setzt neue soziale Standards, die weit über die EU-Grenzen hinauswirken.

80 Prozent aller Beschäftigten müssen einen GAV haben.

Prozent aller Beschäftigten einen GAV haben. Die Schweiz müsste also doppelt so vielen Beschäftigten einen GAV garantieren. Und der neue EU-Referenzwert für angemessene Mindestlöhne entspricht in etwa der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns in Genf.

TRENDUMKEHR. Nachdem neoliberale Politikerinnen und Politiker jahrzehntelang den GAV schlechtgeredet haben, läutet die EU-Richtlinie eine weltweite Trendumkehr ein. Den Anfang machte mit Australien ausgerechnet ein neoliberales Land, das kaum weiter von Brüssel entfernt sein könnte. Wäre die EU nicht mit gutem Beispiel vorangegangen, hätte der australische Senat vor kurzem kein «Fair Work»-Gesetz verabschiedet, das firmenübergreifende GAV stärkt.

Zudem verlangt die neue EU-Richtlinie nicht nur angemessene Mindestlöhne und mehr GAV, sondern auch einen besseren Lohnschutz. Dies ist wichtig, da recht haben und recht bekommen nicht dasselbe ist, besonders am Arbeitsplatz. Wie in der Schweiz erlaubt nun auch die EU-Richtlinie Konventionalstrafen gegen Firmen, die keine GAV-Löhne zahlen. Zudem können die Behörden bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen Firmen ausschliessen, die sich nicht an gesetzliche Mindestlöhne und GAV-Löhne halten. Auch müssen Arbeitgeber den Gewerkschaften künftig den Zugang auf das Firmengelände erlauben.

GUMMIPARAGRAPH. Dennoch müssen nationale Lohnschutzmassnahmen laut der EU-Richtlinie weiterhin nicht nur «effektiv» und «abschreckend» sein, sondern auch «verhältnismässig». Dank diesem Gummiparagrafen besitzen Arbeitgeber und EU-Kommission auch künftig Mittel, um allzu restriktive Lohnschutzmassnahmen vor dem Europäischen Gerichtshof auszuhebeln. Deshalb werden Beschäftigte in der Schweiz auch künftig auf eigenständige, flankierende Massnahmen zum Lohnschutz angewiesen sein.

Streiks in Deutschland
Gegen miese Löhne im öffentlichen Dienst
«Pflegt euch ins Knie! 200 Euro – jetzt oder nie»

Am 27. März brachten die Gewerkschaften Verdi und EVG mit einem Mega-Streik an Flughäfen sowie im öffentlichen Nah- und Fernverkehr Deutschland zum Stillstand – der vorläufige Höhepunkt einer mächtigen Protestwelle im Land.

DANIEL BEHRUZI, DARMSTADT
«Es ist einfach Druck auf dem Kessel, weil die Beschäftigten es leid sind, sich jeden Tag mit warmen Worten abspäissen zu lassen, während die Arbeitsbedingungen immer schlechter werden und viele Stellen unbesetzt sind», so der Verdi-Vorsitzende Frank Werneke zum Verkehrstreik am 27. März. «Alle, wirklich alle Mitglieder, die wir heute zum Arbeitskampf aufgerufen haben, beteiligen sich an diesem Streik.» Im ganzen Land standen Züge und Busse still, Flugzeuge blieben am Boden. Von der Bahngewerkschaft EVG nahmen etwa

In Frankfurt am Main streikte am 22. März das Team einer katholischen Kindertagesstätte – zum ersten Mal in der Geschichte.

30 000, von der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi 120 000 Mitglieder am ganztägigen Warnstreik teil – dem grössten seit Jahren.

ALLES WIRD TEURER
Es ist vor allem die hohe Inflation, die die Menschen auf die Strasse treibt. Um 6,9 Prozent stiegen die Preise 2022. Für dieses Jahr werden erneut mehr als sechs Prozent erwartet. «Wir können uns von unserem Lohn immer weniger



GENUG DER WARMEN WORTE: Mit Witz und Entschlossenheit wehren sich auch Auszubildende und junge Berufsleute gegen die Hinhaltphrasen der Chefs. FOTO: KEYSTONE

leisten, das geht einfach nicht mehr», sagt die Gastro-Mitarbeiterin Ella Franz aus dem Studierendenwerk in Bochum, die mit vielen ihrer Kolleginnen und Kollegen zum Warnstreik gekommen ist. «Gerade die Leute in den unteren Entgeltgruppen machen sich Sorgen. Dass alles teuer wird, nur die Löhne nicht entsprechend steigen sollen, ist total unfair», findet die Erzieherin Katrin Sawitzki. Um besonders Beschäftigte mit geringen Einkommen zu entlasten, fordert Verdi neben 10,5 Prozent Lohnerhöhung auch einen Mindestbetrag von mindestens 500 Euro mehr im Monat.

Auch Auszubildende und junge Berufsleute beteiligen sich in grosser Zahl an den Warnstreiks, um ihre Forderung nach 200 Euro monatlich mehr für Lernende durchzusetzen. «Pflegt euch ins Knie! 200 Euro – jetzt oder nie», heisst es auf einem

Transparent, das angehende Pflegende in Kassel in die Höhe halten. «Wir sind die Zukunft, die ihr dringend braucht», betont Merle Käfer, die an der Uniklinik Mannheim eine Ausbildung zur medizinisch-technischen Radiologieassistentin macht und dort bei der «Streikparade» mitläuft. «Ohne eine ordentliche Bezahlung gibt es bald niemanden mehr, der im öffentlichen Dienst arbeiten will.»

GEWERKSCHAFTEN ERSTARKEN
Angesichts Tausender offener Stellen müssten in der Tat die Arbeitgeber selbst ein Interesse daran haben, die Jobs im öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Doch bei den Verhandlungen, die bei Redaktionsschluss am 29. März noch andauerten, verweigern sie bislang auch nur die Sicherung der Realeinkommen. Stattdessen werfen sie den Gewerkschaften

vor, die Streiks seien «unverhältnismässig» und «überzogen». Teile der Medien und der Unternehmerverbände fordern gar eine Einschränkung des Streikrechts.

Falls das die Beschäftigten einschüchtern soll, klappt es nicht. Im Gegenteil. Selbst Angestellte kirchlicher Einrichtungen, die mit Abmahnung bedroht werden, beteiligen sich an Warnstreiks und Demonstrationen. In Frankfurt am Main streikte am 22. März das Team einer katholischen Kindertagesstätte – zum ersten Mal in der Geschichte.

All das trägt dazu bei, dass die Gewerkschaften stärker werden. «Trotz all des Trommelfeuers gegen uns verzeichnen wir seit Anfang des Jahres 70 000 neue Mitglieder», bilanziert der Verdi-Vorsitzende Werneke. «Das ist der stärkste Mitgliederanstieg seit unserer Gründung vor mehr als 20 Jahren.»

Streiks in Grossbritannien
Für einen Lohn, der mit der Teuerung Schritt hält
Regierung muss Streikwogen glätten

Neun Monate dauert die britische Streikwelle schon an, und es gibt kaum Anzeichen, dass den Gewerkschaften die Luft ausgeht.

PETER STÄUBER, LONDON
Am 15. März ging das öffentliche Leben in Grossbritannien nur stockend voran. Die meisten Schulen waren geschlossen, an den Flughäfen waren die Schlangen vor der Zollkontrolle länger als üblich, die Spitäler mussten mit weniger Ärztinnen und Ärzten auskommen. In London fuhr keine U-Bahn. Rund eine halbe Million öffentliche Angestellte hatten an diesem Tag die Arbeit niedergelegt. In vielen Städten zogen Streikende in Protestmärschen durch die Strassen. Es war einer der grössten Streiktage seit Jahrzehnten.

Nachdem die britische Streikwelle schon seit neun

Monaten angedauert hat, können die Gewerkschaften jetzt die ersten Erfolge vorweisen: Nach monatelangem Abblocken hat sich die Regierung im März erstmals zähneknirschend an den Verhandlungstisch gesetzt.

10 PROZENT INFLATION
Bei den Arbeitskämpfen geht es vor allem um Lohn: Die Arbeitenden fordern eine Bezahlung, die mit der Inflation Schritt hält. Laut neusten Zahlen liegt die Teuerung weiterhin bei über 10 Prozent; die von der Regierung offerierten Lohnerhöhungen bleiben weit darunter. Monatelang teilte die Regierung den Streikenden mit: Es sei kein Geld da, Lohnverhandlungen werde es keine geben.

Und dann gab es sie plötzlich doch – zumindest im Gesundheitssektor. Die Pfleger und Rettungsanwärterinnen des staatlichen Ge-



BEZAHLT! Eine halbe Million Streikende am 15. März. FOTO: GETTY

sundheitsdienstes NHS waren im Winter zur Streikbewegung gestossen, zum ersten Mal seit Jahrzehnten hatten sie die Arbeit niedergelegt. Anders als es sich die Regierung wohl erhofft hatte, genossen die NHS-Mitarbeitenden die breite Unterstützung der Bevölkerung. Diese ist sich nur allzu bewusst, wie prekär der Zustand des Gesundheitsdienstes ist. Der Slogan «Streiken,

um den NHS zu retten», löste ein grosses Echo aus.

ERSTE VERHANDLUNGEN
Am Ende sah wohl die Regierung ein, dass sie die Konfrontation nicht gewinnen würde. Anfang März liess sie sich auf Lohnverhandlungen ein, zwei Wochen später gab es eine Einigung: Die NHS-Mitarbeitenden werden fürs letzte Jahr einen einmaligen Bonus von mindestens

1250 Pfund erhalten, dann ab April eine Lohnerhöhung von 5 Prozent. Die Gewerkschaften feierten den Deal als Sieg. Aber es gibt viele Stimmen innerhalb der Basis, die das Angebot für zu schmürzelig halten. Denn es bleibt weit hinter der Inflation zurück. Die Gewerkschaftsmitglieder werden in den kommenden Wochen darüber abstimmen, ob sie das Angebot annehmen – oder ob sie die Streiks fortsetzen werden.

Auch die rund 40 000 Eisenbahnerinnen und Eisenbahner der Gewerkschaft RMT, die die Streikwelle im vergangenen Juni anstiessen, haben einen Durchbruch erzielt: sie sind derzeit in Gesprächen mit ihren Chefs. Die geplanten Streiks vom 30. März und 1. April sind vorerst suspendiert. Die RMT zeigt sich hoffnungsvoll, dass der Disput endlich ein Ende finden könnte.

Streiks in Frankreich Die Reform wird zur Regimekrise

Macron spielt mit dem Feuer



DIE STRASSE BRENNT: Der Einsatz polizeilicher Schlägertruppen in den Städten lässt den friedlich begonnenen Protest eskalieren. FOTO: GETTY

Präsident Macrons Rentenprojekt ist so ungerecht und schlecht aufgegleist, dass eine Mehrheit die Reform ablehnt. Doch Macron boxt sie durch – mit Chaos und Gewalt.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Ein Mann steht auf einem Boulevard in Paris. Er protestiert gegen die Erhöhung des Rentenalters. Da schlägt ihm ein Polizist mit voller Wucht den Schlagstock ins Gesicht. Der Mann fällt, schwer verletzt. Gefilmt hat die Attacke Laurent Bigot, ein französischer Ex-Diplomat. Spürbar erschüttert sagt Bigot: «Mein Land ist kein Rechtsstaat mehr.»

Ein paar Hundert Meter weiter fällt die berühmte «Einheit 12» der Pariser Polizei über eine Gruppe älterer Frauen und Männer her. Die Robocops schlagen und treten

In einer funktionierenden Demokratie würde ein Gesetz, das alle Mehrheiten gegen sich hat, zurückgezogen. Nicht in der Macronie.

sie nieder und prügeln am Boden weiter auf sie ein. Schreie, Blut. Später liegt ein Journalist bewusstlos auf dem Asphalt, Schädelbruch, zertrümmerte Hand. Auf Journalisten und Fotografinnen haben es die Polizisten besonders abgesehen. Sie hassen Zeugen. Ein Offizier brüllt eine schwächliche Schülerin in Handschellen an: «Du wirst Scheisse fressen.» Und immer wieder sorgen die «Brav-M», hochgerüstete Polizisten auf Motorrädern, für Terror.

TOTENGRÄBER MACRON

Solche Jagdszenen sind gerade alltäglich in 200 französischen Städten. Denn Präsident Emmanuel Macron und sein Innenminister

Gérald Darmanin, der ideologisch der extremen Rechten nahesteht, haben zur Hatz auf die Millionen Menschen geblasen, die seit drei Monaten gegen Macrons Rentenreform protestieren. Mindestens zwei Drittel der Französinnen und Franzosen lehnen sie ab.

Es ist die grösste soziale Bewegung in Frankreich seit einem halben Jahrhundert. Angeführt von einem Bündnis der 13 grossen Gewerkschaftsverbände. Von Beginn weg hat sich diese Intersyndicale strikte an demokratische Spielregeln gehalten. Alle Streiks wurden angemeldet. Gewerkschaftliche Ordnungsdienste kanalisiert die Demonstrationen. So blieb der Protest bunt, familiär und vorerst gewaltlos. Doch Macron verweigert seit Dezember 2022 jedes Gespräch. Er will keine gute Lösung, er will die Gewerkschaften eliminieren.

Sein Rentenprojekt ist so ungerecht und schlecht aufgegleist, dass nicht einmal neoliberale Strippenzieher wie Jacques Attali, der Macrons Karriere gestartet hatte, daran einen guten Faden lassen. In einer funktionierenden Demokratie würde ein Gesetz, das alle Mehrheiten gegen sich hat, zurückgezogen. Nicht in der Macronie. Als am 8. März mehr als 3 Millionen Menschen auf die Strasse gingen, verschärfte der Präsident die Auseinandersetzung. Innenminister Darmanin liess präventiv Gewerkschafter verhaften, und seine Truppe griff den Ordnungsdienst der Intersyndicale an. Am 16. März drückte Macron das Gesetz kurzerhand am Parlament vorbei durch.

Die Tageszeitung «Libération» kommentierte: «Macron ist der Totengräber von Frankreichs Demokratie.» Am selben Abend begann auf der Place de la Concorde in Paris, wo man zu Revolutionszeiten König und Adel guillotinierte, die Repression durch die Ordnungskräfte.

ANGST SOLL REGIEREN

Regieren durch Chaos und Repression ist eine bewusste politische Strategie auf dem Weg zu einem autoritären Regime. Eine Zahl illustriert dies: Gegen weniger als acht Prozent der Verhafteten konnte irgendeine Anklage erhoben werden, trotz flächendeckender Kameraüberwachung und Gummi-Delikten wie «Versammlung für eine mögliche Straftat».

Rentenreform: Massive Konstruktionsfehler

Macrons Reform erhöht das Rentenalter auf 64 Jahre. Die volle Rente erhält aber nur, wer 43 Jahre in die Rentenkasse einbezahlt hat. Dies benachteiligt alle, die früh in das Berufsleben einsteigen, weil sie länger einzahlen, und zwingt andere, die etwa mit 24 einsteigen, bis zu ihrem 67. Lebensjahr zu arbeiten.

VERFASSUNGSRAT AM ZUG: Macron begründet dies mit einem künftigen Rentenloch von 13,5 Milliarden (2030). In Wahrheit erlässt er den Unternehmen schon heute Sozialbeiträge für 60 Milliarden Euro. Auf Antrag der Linken prüft jetzt der Verfassungsrat das Gesetz. (olf)

Massenverhaftungen und brutale Einschüchterung dienen allein dazu, die Mehrheit davon abzuhalten, ihr Grundrecht auf Demonstration wahrzunehmen. Angst soll regieren, die Streiks in den Raffinerien, in AKW, bei Bahn und Müllabfuhr und anderswo sollen gebrochen werden.

Also goss der Präsident noch mehr Benzin ins Feuer. In einem TV-Interview erklärte er «der Menge» den sozialen Krieg. Seither mehrten sich spontane Demos, Besetzungen und sogar Strassenschlachten. In einer Blitz-Radikalisierung hat sich die scheinbar resignierte Jugend politisches Bewusstsein zugelegt. Nur noch mit grösster Mühe halten die von Macron verhöhnten Gewerkschaften ihre Basis bei der Stange. Manche Arbeitenden greifen zu Robin-Hood-Aktionen: so kappen sie etwa Politikern den Strom, schalten aber Kantinen, Spitäler, Sozialwohnungen auf Gratisstrom. Ein Teil der Gewerkschaften drängt heftig zum Generalstreik.

Gut, findet ein Präsidentenberater: «Es schadet nicht, wenn das Land ein wenig brennt. So wird Macron der letzte Garant gegen die linke Gewalt.» François Ruffin, ein prominenter Abgeordneter der links-ökologischen LFI sagt: «Den Gefallen Gewalt tun wir Macron nicht. Wir sind Demokraten. Die Gewalt geht ganz von ihm aus.»



FRIEDE IN DER UKRAINE

Der deutsche Ex-Bundeskanzler Willy Brandt war dreizehn Jahre lang Präsident der Sozialistischen Internationale. Uns damals Junge im Exekutivrat hat er gemahnt: «Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.»

Der Waffenstillstand in der Ukraine wird eines Tages Realität werden. Einmal wird das anhaltende Morden, das Verstümmeln von Hunderten Menschen ein Ende finden. Und

Mit einer radikalen Erneuerung ihrer Charta könnte die Uno aus der Lähmung befreit werden.

Sicherheit. Wie werden Friedensverhandlungen verlaufen? Auch hier sind sichere Antworten zurzeit unmöglich.

UNSELIGES VETORECHT. Sicher ist nur eines: ohne eine radikale Reform der Uno-Charta wird es keinen dauernden Weltfrieden geben. Die Weltorganisation soll gemäss dem Kapitel 7 ihrer Charta die kollektive Sicherung des Friedens garantieren. Doch sie ist vollständig gelähmt. Unter den 15 Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates, der Exekutive der Organisation, besitzen fünf permanente Mitglieder ein Vetorecht. Es sind dies die fünf Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges: Frankreich, Russland, die USA, China und Grossbritannien. Nur wenn diese fünf Staaten einstimmig votieren, kann die Uno tätig werden. In der Ukraine gibt es heute keine von Blauhelmen überwachten Waffenstillstandslinien, keine humanitären Korridore, kein Verbot militärischer Flugzeuge über Wohnquartieren. Das russische Veto – seit Februar 2022 bereits elfmal eingesetzt – lähmt jede Uno-Initiative für die Ukraine.

Artikel 110 der Charta sieht die sogenannte Reformkonferenz vor. Wenn zwei Drittel der Generalversammlung oder ein Drittel des Sicherheitsrates dies verlangen, wird die Konferenz einberufen. Der kluge Kofi Annan hinterliess bei seinem Ausscheiden aus dem Generalsekretariat 2006 ein politisches Testament, in dem er einen Weg aus der Lähmung der Uno zeigt: in Zukunft soll das Vetorecht ungültig sein in Konflikten, die durch Aggressionskriege, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgelöst wurden.

REFORM. Die Schweiz wurde vergangenes Jahr mit einem Glanzresultat – ohne Gegenstimme, bei vier Enthaltungen – von der Uno-Generalversammlung für zwei Jahre als nichtpermanentes Mitglied in den Sicherheitsrat gewählt. Während zweier Sessionen wird sie den Rat präsidieren. Die Schweiz hat einen ausgezeichneten Ruf in der Uno. Ihre Diplomatinen und Diplomaten sind respektiert. Ihre eindruckliche Arbeit wird zwar hier in der Schweiz kaum zur Kenntnis genommen. In New York jedoch ist ihr Einfluss beachtlich.

Gelingt mit Hilfe unseres Landes die Einberufung der Reformkonferenz und dann die Reform des Sicherheitsrates, wird die Uno von ihrer Lähmung befreit. Die multilaterale Diplomatie als Mittel zur Schaffung eines dauerhaften, gerechten und gesicherten Friedens in der Ukraine würde damit zu einem konkreten, realistischen Projekt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienen Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam letzten Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



Liebe Kolleginnen und Kollegen

Es ist eine Frechheit: Um den Abbau der AHV-Renten für die Frauen durchzudrücken, versprochen die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände eben noch Verbesserungen in der 2. Säule. Jetzt machen sie das Gegenteil und greifen unsere Pensionskassenrenten an. Der Rentenklau soll weitergehen. Die in der Bundesverfassung geforderte «angemessene Fortführung des Lebensstandards im Alter sichern» wird so für immer mehr Arbeitnehmende zum blossen Wunschtraum.

3 MILLIARDEN. Die BVG-Neurenten sinken seit Jahren. In den letzten 7 Jahren sind sie um mehr als 10 Prozent geschrumpft. Diese neue Abbauvorlage macht es noch schlimmer. Sie kostet uns Arbeitnehmende jedes Jahr 3 Milliarden Franken, ohne dass wir etwas davon haben. Ganz im Gegenteil: Die BVG-Reform führt zu einer drastischen Rentensenkung. Auch Arbeitnehmende mit kleinen Löhnen werden erheblich mehr Beiträge einzahlen müssen, bekommen dafür aber im Alter nicht mehr, weil die bescheidenen Rentenzuschläge bei den Ergänzungsleistungen grad wieder abgezogen werden. Betrogen fühlen müssen sich darum besonders auch die Frauen. Sie müssen im Alter immer noch mit einem Drittel weniger Rente auskommen. Das ist ein Skandal. Mehr bezahlen, um weniger zu erhalten? Ohne uns!

EXISTENTIELLE NOT. Diese BVG-Revision ist unsozial und teuer. Sie wird unsere Altersvorsorge weiter schwächen. Sie drückt auf die Löhne und senkt die Renten für alle. Das lassen wir uns nicht bieten. Noch mehr Rentenklau liegt einfach nicht drin, schon gar nicht in Zeiten, in denen die steigenden Lebenskosten immer mehr Menschen in existentielle Nöte bringen. Da machen wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht mit. Darum meine Bitte an euch: Unterschreibt rasch das Referendum gegen die BVG-Abbau-Vorlage. Diesen neuen Angriff auf unsere Renten werden wir abwehren. Dieses Mal werden wir gewinnen! Ich danke euch herzlich.

Vania Alleva

Jetzt gleich unterschreiben: rebrand.ly/rentenabbau-nein

Rechte Parlamentsmehrheit aus SVP, FDP, GLP und Mitte drückt milliardenteure Abbauvorlage stur durch

BVG-Pfusch: Jetzt das Referendum unterschreiben!

Sie waren gewarnt, doch sie wollen es wissen: Die rechte Parlamentsmehrheit verabschiedet eine milliardenteure BVG-Abbauvorlage. Diese «Reform» ist inhaltlich eine Unverschämtheit und technisch ein Pfusch. Alle sollen noch mehr bezahlen und noch weniger dafür bekommen. Das Referendum läuft.

CLEMENS STUDER

Das Pensionskassensystem ist ein bröckelnder Problemfall, aber noch kein Scherbenhaufen. Die von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit durchgedrückte BVG-Revision dagegen schon. Sie löst keines der vielen tatsächlichen Probleme des Pensionskassensystems. Und nicht einmal jene von der Finanzindustrie herbeigeredeten. Wie konnte es so weit kommen? Zuerst strichen SVP, FDP und GLP alle sozialen Komponenten aus der Vorlage. Dann erfüllten sie zusammen mit einer Mitte-Mehrheit die weiteren Wünsche der Finanzindustrie. Und zu schlechter Letzt begangen sie auch noch zu schludern.

EIN BRAUCHBARER ANFANG

Seit Jahren wird immer deutlicher, dass die sogenannte 3. Säule der Altersvorsorge bröckelt. Für immer höhere Pensionskassenabzüge gibt es immer weniger Rente. Besonders stossend ist die Situation für Teilzeitarbeitende und Geringverdienende. Frauen sind besonders betroffen. Weil die Probleme bekannt sind, doch das bürgerlich dominierte Parlament nicht vorwärts machte, beziehungsweise mit einseitigen Abbauvorlagen vor dem Volk scheiterte, beauftragte der Bundesrat die Gewerkschaften und die Arbeitgeber damit, die Möglichkeiten einer BVG-Revision auszuloten. Diese fanden sich im Sommer 2019.

WILD GEWORDEN

Der Kompromiss der Gewerkschaften und des Arbeitgeberverbandes war zwar keine Gewerkschaftsvorlage, aber immerhin halbwegs sozialverträglich. Er hätte das BVG modernisiert, die Renten stabilisiert und vor allem

jene der Teilzeitarbeitenden und Geringverdienenden quasi sofort verbessert. Und auch eine soziale Umlage-Komponente beinhaltet. Dagegen lief zuerst der Gewerbeverband Sturm. Und danach – nachdem der Bundesrat den «Sozialpartner-Kompromiss» zu seiner Vorlage gemacht hatte – vor und vor allem hinter den Kulissen die Lobbyisten der Finanzindustrie. Mit Erfolg. Vor allem SVP, FDP und GLP veränderten den sogenannten Sozialpartner-Kompromiss während der parlamentarischen Behandlung bis zur Unkenntlichkeit. Am Schluss stand statt einer halbwegs sozialverträglichen Revision eine 3 Milliarden Franken teure Abbauvorlage. Tritt sie in Kraft, bezahlen praktisch alle noch höhere Beiträge für noch schlechtere Leistungen. Die einzigen, die ihre Profite sicher in der Tasche haben, sind die Banken und Versicherungen.

AUS DEM RUDER GELAUFEN

So weit, so schlecht – einfach die ganz übliche Rentenpolitik. Oder vielleicht doch nicht ganz. Denn die Parlamentarierinnen und Parlamentarier von SVP bis Mitte stürzten sich so ungestüm auf die leicht unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Akteure der Finanzindustrie und der Wirtschaftsverbände, dass sie sich in der Summe heillos verhedderten. Am Ende

warnten neben den Fachleuten vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) auch Pensionskassen-Experten vor der unausgegorenen

Vorlage. Weil sie auch rein handwerklich Pfusch ist. Und Gewerbler und Bauern sind plötzlich nicht mehr so sicher, ob sie dafür sein sollen. Im Parlament drückte sich dies bei der Schlussabstimmung durch diverse Enthaltungen aus. Geschlossen Ja stimmten nur die Fraktionen der FDP und der GLP. Bei der SVP-Fraktion enthielt sich fast ein Fünftel.

DIE FRAUEN-LÜGE

Besonders übel ist die Rentensituation für die Frauen. Sie haben rund 35 Prozent weniger Rente als Männer. Hauptverantwortlich für diese Rentenlücke ist das Pensionskassensystem. Im Vorfeld der Abstimmung über die Erhöhung des Frauenrentenalters versprochen darum bürgerliche Frauen, die Rentensituation der Frauen werde bei der BVG-Revision verbessert. Aber zuerst müssten die Frauen aus Gründen der «Gleichstellung» eben noch mal eine faktische Rentensenkung bei der AHV akzeptieren. Diese Argumentation war damals schon durchsichtig, aber dürfte entscheidend zum Mini-Ja zum höheren Frauenrentenalter beigetragen haben. Und erwartungsgemäss waren die FDP- und GLP-Frauen danach ganz ruhig und trugen das Abbauprogramm brav mit. Folge: Die vorliegende Reform verbessert die Rentensituation der Frauen nicht nur nicht, sie verschlechtert sie weiter. Auch weil gleichzeitig beim mickrigen AHV-Rentenzuschlag geknauert werden soll (siehe Box).

VOLK MUSS ENTSCHEIDEN

Die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien haben das Referendum gegen die BVG-Revision schon angedroht, als sich die massiven Verschlechterungen abzeichneten. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit wollte nicht hören. Und stimmte danach sogar noch weiteren Verschlechterungen zu und lehnte die kleinsten Verbesserungsvorschläge ab. Darum sammeln die Gewerkschaften ab dem Erscheinungstag dieser work-Ausgabe Unterschriften für das Referendum (siehe Text links). Damit das Volk das letzte Wort hat.

SO WIRKT SICH DIE BVG-REVISION AUS: Sechs Modellrechnungen mit Median-Löhnen.

Lesebeispiel: Vom Bruttolohn eines 50jährigen Verkäufers werden 15 Jahre lang jeden Monat 100 Franken mehr an die Pensionskasse überwiesen. Dafür erhält er ab 65 jeden Monat 127 Franken weniger Rente als mit dem heutigen System. **Achtung:** Auch dort, wo ein höherer Rentenbetrag steht, bedeutet das nicht zwingend mehr Rente im Alter. Gerade bei kleineren Löhnen wird das selbst bezahlte Plus mit den Ergänzungsleistungen verrechnet.

Pfleger (25)
85%-Pensum
159 Franken höhere Lohnbeiträge
183 Franken mehr Rente

Reinigerin (50)
100%-Pensum
147 Franken höhere Lohnbeiträge
8 Franken weniger Rente

Schreinerin (50)
100%-Pensum
42 Franken höhere Lohnbeiträge
271 Franken weniger Rente

Verkäufer (50)
100%-Pensum
100 Franken höhere Lohnbeiträge
127 Franken weniger Rente

Kurierin (25)
50%-Pensum
129 Franken höhere Lohnbeiträge
361 Franken mehr Rente

Uhrenarbeiter (55)
100%-Pensum
11 Franken weniger Lohnbeiträge
67 Franken weniger Rente

Neuer Gewerbeverband-Direktor: Plagiatsvorwürfe und spurlose «unternehmerische Tätigkeiten» Schreiben die Gewerbler Schneider jetzt ab?

Ab dem 1. Juli soll Henrique Schneider als neuer Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes amten. Jetzt erhebt die «NZZ am Sonntag» happige Vorwürfe. Und der Gewerbeverband lanciert eine Untersuchung.

CLEMENS STUDER
Seit rund 13 Jahren arbeitet Henrique Schneider beim Schweizerischen Gewerbeverband (SGV). Seit 2015 als Vizedirektor. Daneben hatte Schneider offenbar viel Zeit für publizistische Tätigkeiten. Ob die auch wissenschaftlich waren, stellt jetzt die «NZZ am Sonntag» in Frage. Ein von ihr beauftragter Plagiatsexperte kommt zu einem vernichtenden Fazit (siehe Box). Den ganzen Untersuchungsbericht von Stefan Weber im Original gibt es hier: rebrand.ly/schneiderschreibt.

RECHTSRANDSTÄNDIG
Schneider ist der Ziehsohn von Hans-Ulrich Bigler, der den Gewerbeverband in den vergangenen Jahren zur Frontorganisation der SVP umgemodelt hat – und damit auch verbandsintern auf Kritik stiess (die work-Würdigung von Biglers Schaffen gibt's hier: rebrand.ly/saeuliamt). Während Bigler ein rechter Polteri ist, inszeniert sich Schneider als rechter Intellektueller, erzählt gerne von seiner Studentenzeit in den USA, in China und an der St. Galler HSG. Veröffentlicht da und dort in rechten Medien. Und auch schon mal in «Eigentümlich.Frei», einem deutschen Libertären-Heft, in dem auch Faschisten publizieren. Für die rechtsnationalistische deutsche AfD verfasste Schneider 2021 ein Gutachten über «Umerziehung» im Schulwesen. Auch da ging es offenbar nicht ohne Plagiate, wie das NZZaS-Gutachten aufzeigt. Doch Schneider treibt sich nicht nur am äussersten rechten politischen Rand umher (work berichtete: rebrand.ly/schneiderpubliziert), sondern schmückt sich dort und anderswo auch mit falschen Titeln. Oder lässt sich schmücken. Während die Berichte über Schneiders rechtsrandständiges Verhalten den SGV-Vor-



MIT FLASCHE, GLAS UND BUNDESRÄTEN: Henrique Schneider bei einem «Nebelspalter»-Termin.
FOTO: YOUTUBE

stand nicht zu stören schienen, reagierte er auf den NZZaS-Bericht mit einer ausserordentlichen Sitzung am Morgen des 21. März. Kommuniziertes Ergebnis: Eine externe Person soll die Plagiatsvorwürfe klären. Weitere Informationen gibt es vorläufig keine.

IMMERHIN EIN UNTERNEHMER?
Noch pikanter als die mutmasslichen wissenschaftlichen Unsauberkeiten: Offensichtlich werfen auch die tatsächlichen oder angeblichen «unternehmerischen Tätigkeiten» von Schneider Fragen auf. Die NZZaS zitiert aus dem Portrait der privaten deutschen «Nordakademie», die Schneider als Professor beschäftigt, folgenden Satz: «Neben seinen Aufsichtsratsmandaten

ist er (also Schneider, Red.) selber an Unternehmen in Asien und Südamerika beteiligt.» Und stellt dann fest: «Als Mitglied der Wettbewerbskommission (Weko) muss Schneider seine Interessenbindungen offenlegen. Doch am entsprechenden Ort finden sich keine Hinweise auf Mandate oder Beteiligungen an privaten Unternehmen in der Schweiz – geschweige denn in Asien oder Südamerika. Entweder gibt es diese nicht, oder Schneider hat es unterlassen, sie anzugeben.» Beide Varianten wären nicht gerade ein Ruhmesblatt für einen SGV-Direktor. Übrigens: Bis vor kurzem wies Schneider im offiziellen Weko-Verzeichnis aus, er sei Verwaltungsrat eines Manhattan Family Offices (MFO). Merkwürdig nur: im Handelsregister von New York taucht Schneider im Zusammenhang mit dieser Firma nicht auf. Und die NZZaS legte nach der Veröffentlichung der SGV-Medienmitteilung nach. So stellen sich unter anderem auch Fragen zu der Tätigkeit von Schneiders früherer Einzelfirma «The Choice». Die Zeitung stellt trocken fest: «Schneider fällt immer wieder durch Ungereimtheiten in seinen biographischen Auskünften auf.»

HÖHERES RENTENALTER FÜR BIGLER?
Das SGV-Communiqué lässt offen, ob auch Schneiders Angaben zu seinen «unternehmerischen Tätigkeiten» Teil der in Auftrag gegebenen Untersuchung sind. Auf Nachfrage ergänzt SGV-Präsident und Mitte-Nationalrat Fabio Regazzi: «Die Untersuchung umfasst den gesamten Lebenslauf.» Schneider selbst schreibt work: «Mein unternehmerisches Engagement ist privat, und ich möchte es so behalten, da es nichts mit dem SGV zu tun hat.» Offenbar so privat, dass nicht einmal das Handelsregister von New York davon etwas weiss. Der SGV will die Untersuchung bis zum geplanten Amtsantritt von Schneider abgeschlossen haben. Bis dahin sind es noch rund 13 Wochen. Dann wissen wir, ob die Gewerbler Schneider schon vor Amtsantritt abschreiben. Oder ob gar der vom Zürcher Volk als Nationalrat (FDP) abgewählte und als Kantonsrat (SVP) nicht gewählte Hans-Ulrich Bigler seine Frühpensionie-

rung hinausschieben muss. Ideologisch zumindest sollte das für Bigler kein Problem sein, plädiert er doch seit Jahren für Rentenalter 68 und höher.



«Herr Henrique Schneider hat in den verschiedenen Etappen des mehrmonatigen Rekrutierungsprozesses durch seinen Scharfsinn, seine Integrität und seine Fachkompetenz überzeugt.»
VORSTAND SCHWEIZERISCHER GEWERBEVERBAND, 18. JANUAR 2023



«Starke Organisationen rekrutieren ihre Führung intern.»
NOCH-GEWERBEVERBAND-DIREKTOR HANS-ULRICH BIGLER, «WELTWOCHEN» 26. JANUAR 2023

«In der Summe ergibt sich der begründete Verdacht schwerwiegenden wissenschaftlichen Fehlverhaltens über mindestens zehn Jahre hinweg (serienmässiges Plagiiere und unbefugtes Verwenden von Titeln bzw. Berufsbezeichnungen). – Das Plagiiere über mehrere Themengebiete hinweg sowie das zweifache falsche Behaupten einer Professur bei ein und derselben Person hat der Gutachter in 15 Jahren Tätigkeit noch nicht erlebt.»

PLAGIATSEXPERTE STEFAN WEBER, 5. MÄRZ 2023



rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Ökologischer Umbau: Versenkt die SVP nach der Credit Suisse auch noch das Energiegesetz?

Die CS ist Geschichte. Unter anderem wegen Fehlern von Ex-Finanzminister Ueli Maurer. Doch statt über den bevorstehenden Untergang «ihrer» Grossbank zu diskutieren, stimmte die SVP an ihrem Parteitag lieber gegen das Energiegesetz.

Am 18. März 2023 tagte in Genf die SVP. Mitten im Bankensturm, der die Credit Suisse versenkt hat. Vorab auch wegen der Fehler ihres Finanzministers. Doch Ueli Maurer nahm als Bundesrat rechtzeitig den Blinden.

Wer in den letzten Wochen in der Schweiz wissen wollte, was am Paradeplatz so läuft, musste den US-Sender CNN schauen und die britische Tageszeitung «Financial Times» lesen. Das neue «Imperium Romanum» bestimmte, was in seinen Provinzen zu laufen hatte. Die USA sind das Imperium der westlichen Welt. Die Schweiz eine der Yankee-Provinzen. 2008 setzten die Amis die Aufhebung des Steuerhinterzieher-Geheimnisses in der Schweiz durch. 2023 wollen und werden die USA die Schweiz zwingen, die 50 bis 100 Milliarden russischer Oligarchengelder zu beschlagnahmen, die auf Schweizer Bank- und Treuhandkonten ruhen, und damit den Wiederaufbau der Ukraine mitzufinanzieren.

RETEN UND RECHNEN. Und jetzt steckt Bundesrätin Karin Keller-Sutter bis zum Hals im Kakao. Einen Tag nach dem Parteitag der SVP kapitulierte die

Schweiz bedingungslos. Der Bund garantiert die UBS-Übernahme der Credit Suisse direkt und indirekt mit 259 Milliarden Franken.

In Genf hätte die SVP daher über den unmittelbar bevorstehenden Untergang der Credit Suisse, «ihrer» Grossbank, diskutieren müssen. Wie alle andern Bundesratsparteien auch, steckte die Blocher-Partei aber lieber den Kopf in den Sand. Stattdessen stimmte ihre Partebasis gegen das neue Energiespargesetz.

Drei Personen machten klar, was die SVP-Themen am Parteitag sein würden:

- 1. Vera Weber**, die Tochter von Tier- und Heimatschützer Franz Weber, ist Eigentümerin der Stiftung für das Hotel Giessbach. Vater Franz selig hatte dieses vor 35 Jahren gerettet. Er liess dort, im Schattenloch Giessbach, eine Elektro-Direktheizung einbauen. Ökologisch sind Elektro-Direktheizungen die grösste Todsünde. Vera Weber müsste ihr Erbe also dringend sanieren. Stattdessen läuft ausgerechnet sie Sturm gegen künftige Solaranlagen wie Grengiols Solar. Wie gewisse Landschaftsschutz-Organisationen auch. Dabei müssten gerade diese dafür sorgen, dass Vera Weber endlich in den ökologischen Umbau investiert.

- 2. Lino Guzzella** war Rektor der ETH. Er kämpft verbissen gegen Elektroautos. Die Autoindustrie nimmt ihn schon lange nicht mehr ernst. Auch darum, weil er nicht rechnen kann. Zur Erinnerung: Der Alpenraum weist eine Fläche von insge-



PANDAFORM UND MATTERHORN: China baut Solarparks nicht nur in Gestalt winkender Pandas, sondern auch auf Höhe des Matterhorns. Auf 4500 m ü. M. entstanden innert eines Jahres solare Testanlagen mit doppelter Leistung der künftigen Walliser Solaranlage Grengiols Solar. FOTO: ZVG

samt 18 000 Quadratkilometern auf. Die ganze Schweiz 41 285 Quadratkilometer. 1 Prozent des Alpenraumes (also 180 Quadratkilometer) reicht aus, um jene 25 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom zu produzieren, die wir brauchen. Doch Professor Guzzella wird auf der SVP-Homepage wie folgt zitiert: «Um mit der Sonne genügend Strom zu produzieren, müssten über 300 Millionen Quadratkilometer Solaranlagen gebaut werden.» Das wären 16 500 Mal mehr, als der ganze Schweizer Alpenraum ausmacht. Oder 12 Mal die Fläche Russlands.

- 3. Michael Graber** ist SVP-Nationalrat und gleichzeitig Mitglied der Briger Exekutive. Der Fremdenhasser wollte eine Flüchtlingsunterkunft in der Briger Altstadt verhindern. Gottlob erfolglos:

Die Klosterfrauen blieben standhaft und verkauften ihr Marienheim an den Walliser SP-Sozialminister Mathias Reynard. Doch nicht genug: Energienetze sind Niedertemperatur, Fernwärme- und Fernkältenetze. In Brig-Gris sind diese viel zu teuer. Deshalb weichen fast alle auf Luft-Wasser-Wärmepumpen aus. Einer der Master dieses Desasters ist Michael Graber.

Das geplante Energiegesetz ist keine grosse Nummer. Aber ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Wenn unseren Umweltorganisationen nicht die Füsse eingeschlafen sind, müssten sie diese drei Fälle eigentlich aufgreifen: Vera Weber bei der Sanierung helfen. Lino Guzzella den Dreisatz beibringen. Und die Fehlinvestitionen Michael Grabers in Brig-Gris ausgraben. Nomen est omen.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/bitterboese
Es lohnt sich, diese bitterböse Abrechnung von Wirtschafts-journalist Lukas Hässig mit Ex-Finanzminister Ueli Maurer und Noch-Nationalbankchef Thomas Jordan nachzulesen. Die beiden Versager wussten seit acht Monaten, dass die Credit Suisse am Kippen ist.

● rebrand.ly/wassertraeger
Am Tag, als die SVP in Genf tagte, verbreitete der Fraktionschef der Mitte, Philipp Bregy, in Sachen Credit Suisse Optimismus. So sind sie halt, die Wasserträger von Nationalbankchef Thomas Jordan!

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Ein neues Buch zeigt neue Wege aus der Care-Krise Es braucht die Care-Revolution – und zwar jetzt!

Die Sorge- und Betreuungsarbeit ist in der Schweiz entweder unterbezahlt oder gänzlich unbezahlt. Das neue Buch «Wirtschaft neu ausrichten» zeigt Initiativen und Aktionen für bessere Care-Arbeit aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.

30 Tage streikten Berliner Pflegende für mehr Personal. Und siegen!

Windeln wechseln, Zähne putzen, kochen, beim Duschen helfen, unterhalten, den Haushalt schmeissen: Care-Arbeit – die Sorge um Menschen – bleibt oft an den Frauen hängen. Sie wird als selbstverständlich angesehen und in vielen Fällen nicht bezahlt. Mit dem Buch «Wirtschaft neu ausrichten» zeigen die drei Autorinnen Uta Meier-Gräwe, Ina Praetorius und Feline Tecklenburg die Notwendigkeit einer Care-Revolution. Dazu liefern sie Fakten, wie es um die Care-Arbeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz steht.

In keinem dieser drei Länder erhält Care-Arbeit die Wertschätzung, die sie verdient. Obwohl ohne Care-Arbeit unsere ganze Gesellschaft vor dem Kollaps stehen würde (siehe 1x1 unten). In ihrem Sachbuch schreiben die Autorinnen über Initiativen, Vereine, Streiks und weitere Aktionen, die eine fairere Care-Arbeit fordern, aber auch vorleben. Und beginnen mit einem Blick zurück, der zeigt: Während die Wirtschaft wuchs und sich die Gesellschaft weiterentwickelte, bleibt die Care-Arbeit heute noch unsichtbar.

VORWÄRTS MIT INITIATIVEN UND STREIKS

Die Autorinnen beleuchten nebst der Vergangenheit auch die Gegenwart und erste Erfolge im Kampf um mehr Anerkennung für Care-Arbeit. Darunter auch die historische Abstimmung vom November 2021 in der Schweiz: Mehr als 60 Prozent der Stimmbeteiligten nahmen die Pflegeinitiative an der Urne an. Nachdem im Parlament alle Versuche, das Pflegeproblem zu lösen, gescheitert waren, schalteten sich die Pflegerinnen und Pfleger selbst ein und lancierten gemeinsam mit den Gewerkschaften die Pflegeinitiative. Ihr Einsatz



MEHR FÜR DIE KLEINEN (UND DIE GROSSEN): Das war auch eine zentrale Forderung des grossen Frauenstreiks von 2019, zu dem schweizweit über eine halbe Million Menschen auf die Strassen gingen. FOTO: BEATRICE FLÜCKIGER

war es dann auch, der entscheidend war für den Abstimmungserfolg: Sie haben die Botschaften der Initiative klar herausgetragen und über die schwierige Arbeitssituation berichtet. Jetzt muss der Bundesrat endlich vorwärtskommen (work berichtete: rebrand.ly/pflegeinitiativebundesrat). Auch in Deutschland machten die Pflegenden Druck. Etwa mit dem 30tägigen Streik des Berliner Pflegepersonals im Herbst 2021 (work berichtete: rebrand.ly/pflegestreikberlin). Die Pflegenden errangen bessere Arbeitsbedingungen und Löhne, und ihr Streik löste in weiteren deutschen Städten Streikbewegungen beim Pflegepersonal aus. Und ein Beispiel aus Österreich zeigt, wie ein Wohnprojekt die Care-Arbeit fair aufteilt. Auf dem Wiener Nordbahnhofgelände entstand eine Wohngruppe aus 100 Personen, 40 davon Kinder. Im Kollektiv stemmt die Gruppe ihren Alltag. Darunter das Kochen, die Kinderbetreuung oder Nachbarschaftshilfe bei Krankheiten. Zudem werden Putz-Events organisiert, bei denen Haushaltsaufgaben auf alle verteilt werden.

AUSTAUSCH RUND UM DEN GLOBUS

Das Sachbuch wagt ebenfalls einen Blick in die Zukunft. Das deutsche Bündnis «Sorgearbeit fair teilen» wurde im Sommer 2020 gegründet, um Care-

Arbeit mehr Sichtbarkeit zu verschaffen. Das Ziel: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft auf das Thema aufmerksam zu machen. Etwa mit Positionspapieren, Reden, Zahlen und Fakten. Im Herbst 2021 fand zudem eine erste globale Care-Konferenz statt. Vertreterinnen aus der ganzen Welt tauschten sich online über Probleme und Projekte aus. Und: Ein ganzes Kapitel ist dem Thema Klima- und Care-Krise gewidmet. Dabei werden neun konkrete Vorschläge formuliert. Zum Beispiel eine radikale Zeitumverteilung für mehr Zeit für Sorgearbeit – sei es für die Umwelt oder für Mitmenschen. Das Fazit: Die (über)lebensnotwendigen sorgenden Tätigkeiten für Mensch und Umwelt gehören ins Zentrum allen Wirtschaftens. Deshalb muss sich das System ändern und Care-Arbeit endlich sichtbar und fair entlohnt werden. Das Buch ist eine anspruchsvolle und lehrreiche Lektüre, geschrieben von engagierten Aktivistinnen.

Das Fazit: Die (über)lebensnotwendigen sorgenden Tätigkeiten für Mensch und Umwelt gehören ins Zentrum allen Wirtschaftens. Deshalb muss sich das System ändern und Care-Arbeit endlich sichtbar und fair entlohnt werden. Das Buch ist eine anspruchsvolle und lehrreiche Lektüre, geschrieben von engagierten Aktivistinnen.



Uta Meier-Gräwe, Ina Praetorius, Feline Tecklenburg: **Wirtschaft neu ausrichten.** Care-Initiative in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Verlag Barbara Budrich, Opladen 2023, ca. Fr.50.–.

work1x1 der wirtschaft

Hans Baumann



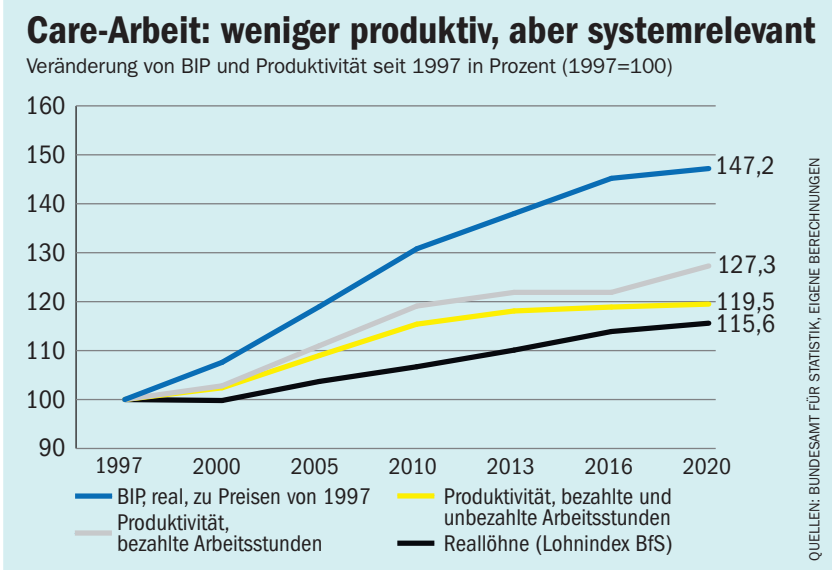
OHNE UNBEZAHLTE CARE-ARBEIT KEINE GESELLSCHAFT

In den letzten 25 Jahren ist in der Schweiz das Volumen der unbezahlten Arbeit viel stärker angewachsen als jenes der bezahlten Arbeit. Unbezahlte Arbeit ist zu einem grossen Teil Haus- und Betreuungsarbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird. Seit 1997 berechnet das Bundesamt für Statistik (BFS) den Wert der unbezahlten Arbeit anhand der Lohnkosten ähnlicher Tätigkeiten im Erwerbssektor. 2020 betrug der Wert der unbezahlten Arbeit stattliche 434 Milliarden Franken. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – also alle bezahlten und zum Marktwert berechneten Güter- und Dienstleistungen – erreichte im selben Jahr 695 Milliarden Franken.

PRODUKTIVITÄT STEIGT. Seit 1997 stieg das BIP preisbereinigt, das heisst unter Berücksichtigung der Inflation, um rund 47 Prozent. Das BIP wächst nicht nur, weil sich das Arbeitsvolumen erhöht, sondern auch, weil pro Arbeitsstunde immer mehr geleistet wird. Oder in anderen Worten: weil die Produktivität steigt. Hier

gibt es erhebliche Unterschiede: In der Schweiz stieg die Produktivität pro bezahlte Arbeitsstunde seit 1997 um über 27 Prozent. Das ist mehr als in den meisten anderen europäischen Ländern und eine wichtige Basis für den Wohlstand. Die realen Löhne konnten da mit einem Zuwachs von gut 15 Prozent allerdings nicht mithalten. Und werden die Stunden hinzuge-rechnet, die für unbezahlte Arbeit aufgewendet werden, ist die Produktivität nur um 19,5 Prozent gewachsen.

NEUE SICHT NÖTIG. Die Ökonomin Mascha Madörin hat sich schon vor Jahren mit dem Phänomen des «Auseinanderdriftens der Produktivitäten» auseinandergesetzt und aufgezeigt, dass sich die Produktivität je nach Branche sehr unterschiedlich entwickelt. So veränderte der rasante technische Fortschritt den Industriesektor erheblich, während eine derartige Rationalisierung der Arbeit in stark personenbezogenen Branchen – wie der Betreuung und der Pflege – viel weniger möglich und oft auch nicht er-



strebenswert ist. Es braucht deshalb eine neue Sicht auf die Ökonomie jenseits der traditionellen Begriffe von Wachstum und Produktivität: Eine Tätigkeit alleine daran zu messen, wie stark sie sich rationalisieren lässt, ist falsch und ignoriert die immense Bedeutung der unbezahlten und bezahl-

ten Care-Arbeit. Schliesslich wäre ohne sie der Fortbestand unserer Gesellschaft nicht möglich. Care-Arbeit ist also auch für den produktiven Sektor unabdingbar – und für die Wohlfahrtsmehrung sowieso.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Prigoschin-Akten «Wagner» als Privatarmee?

Die russische Söldnertruppe Wagner ist gerade in aller Munde – und zwar nicht wegen ihrer Kriegsverbrechen, sondern weil ihr Chef, Jewgeni Prigoschin, Präsident Putin immer heftiger kritisiert. Dieser gehe zu zögerlich gegen die Ukraine vor, meint Prigoschin und droht mit militärischen Alleingängen. Das lässt aufhorchen. Denn die Wagner-Gruppe ist ein ureigenes Kreml-Produkt. Beweise dafür legt der TV-Sender Arte in einer aktuellen Sendung vor: 2500 geleakte Wagner-Dokumente geben einen exklusiven Einblick in die Truppe und ihre Geschichte. Zudem zeigen sie: Wagner-Chef Prigoschin kämpft längst global – und nicht bloss mit Waffen.

Die Prigoschin-Akten, Frankreich 2022, 26 Minuten. Online unter: rebrand.ly/prigoschin.

«Sonne und Beton» Teenies aus dem Block

Gropiusstadt am Rande Berlins gilt als Mutter der Satellitenstädte. Doch die betonierten Einöde aus Hochhäusern und Plattenbauten ist längst zum sozialen Brennpunkt geworden. Vor dieser Kulisse spielt David Wnendts neuer Kinofilm «Sonne und Beton». Ein pa-



VIER FREUNDE: «Sonne und Beton» erzählt die Geschichte von Lukas, Gino, Julius und Sanchez. FOTO: PD

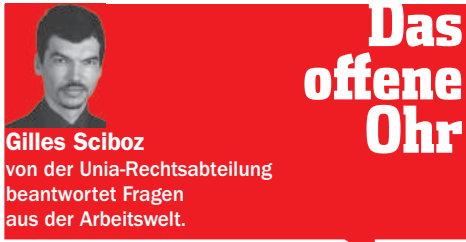
ckender Streifen über eine Gruppe jugendlicher und ihr gewaltvolles Aufwachsen im Problembezirk. Aber auch eine rührende Geschichte über Freundschaft und grosse Träume. Als Vorlage diente der gleichnamige Roman des Gropiusstädter Comedians Felix Lobrecht. Übrigens: Der Stadtteil stand schon im Zentrum von «Wir Kinder vom Bahnhof Zoo», der berühmten Biographie der drogenabhängigen Jugendlichen Christiane F. 45 Jahre später scheinen die Probleme fast dieselben zu sein.

Sonne und Beton von David Wnendt, Deutschland 2023, 119 Minuten. Jetzt im Kino.

Agenda ohne Kommerz Linke Tipps à gogo

Sie glauben, bei der Linken herrsche tote Hose im Vergleich zu früher? Dann kennen Sie die «Unkommerzielle Agenda» noch nicht. So heisst der grösste linke Kanal der Schweiz. Er läuft auf dem Messengerdienst Telegram, hat mehrere Tausend Mitglieder und spuckt jeden Tag bis zu zehn neue Ausgehtipps aus. So bleibt man stets auf dem Laufenden über die sonst unüberblickbare Veranstaltungvielfalt, vor allem in der Region Zürich, aber auch anderswo in der Schweiz: Konzerte, Parties, Ausstellungen, Vorträge, Kurse, Demos, Versammlungen und vieles mehr. Nur Diskussionen, Profitorientiertes und Spam sind unerwünscht und werden gelöscht. Ansonsten darf jede und jeder mitposten.

Für Handy und Desktop auf: t.me/+P22gZpUtiw/FZ56W



Das offene Ohr
Gilles Sciboz
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Pensionskasse: Was, wenn der Vor- sorgeausweis fehlt?

Ich arbeite seit drei Jahren Vollzeit als Sachbearbeiterin und habe keinen Vorsorgeausweis der Pensionskasse erhalten. Ich mache mir deshalb Sorgen, ob ich bei einer Pensionskasse versichert bin und wo mein Vorsorgeguthaben der zweiten Säule ist. Was kann ich tun?

GILLES SCIBOZ: Der Arbeitgeber ist verantwortlich für die BVG-Versicherung seiner Angestellten. Er muss sich bei einer Pensionskasse anschliessen und seine Mitarbeitenden dort versichern. Die Information an Sie betreffend die berufliche Vorsorge erfolgt durch den Arbeitgeber. Wenn Sie von Ihrem Chef keine Auskünfte erhalten, können Sie sich bei der zuständigen AHV-Ausgleichskasse melden. Diese finden Sie auf der Website



SPAREN FÜRS ALTER: Arbeitgeber müssen Mitarbeitende über ihre BVG-Versicherung informieren. FOTO: MANUELA JANS / LUZERNER ZEITUNG

der AHV/IV-Informationsstelle (**rebrand.ly/ausgleichskasse**). Die AHV-Ausgleichskasse ist dafür zuständig, zu prüfen, ob und bei welcher Pensionskasse sich Ihr Arbeitgeber angeschlossen hat. Kontaktieren Sie anschliessend die zuständige Pensionskasse, um die gewünschten Vorsorgeausweise mit den Informationen zu Ihrem angesparten Vorsorgeguthaben einzufordern.

Kündigung: Auch bei befristeten Verträgen möglich?

Mein Bruder hat per 1. Januar einen befristeten Arbeitsvertrag abgeschlossen, der bis Ende Dezember dauern sollte. Wegen Schwierigkeiten mit dem Vorgesetzten haben der Betrieb und mein Bruder vereinbart, das Arbeitsverhältnis per 28. Februar aufzulösen. Die Arbeitslosenkasse will nun aber keine Tagelöhner zahlen – mit der Begründung, die Arbeitslosigkeit sei selbstverschuldet. Darf die Arbeitslosenkasse das? Ist die Auflösung eines befristeten Vertrags nicht rechtmässig?

GILLES SCIBOZ: Doch, die Auflösung ist rechtmässig. Ein befristeter Vertrag kann durchaus durch eine gemeinsame Vereinbarung gekündigt werden, auch wenn vertraglich keine Kündigungsmöglichkeit vorgesehen ist. Ein befristeter Arbeitsvertrag kann ausserdem gekündigt werden, wenn eine Probezeit vorliegt. Grundsätzlich gibt es bei einem befristeten Arbeitsvertrag keine Probezeit. Sie kann jedoch vertraglich vorgesehen werden und darf höchstens drei Monate betragen. Weiter ist bei befristeten Arbeitsverhältnissen eine fristlose Kündigung aus wichtigen Gründen möglich. Diese liegen jedoch in der Regel nur bei besonders schweren oder wiederholten Verfehlungen nach einer oder mehreren Verwarnungen vor. Eine fristlose Kündigung ist immer die Ultima Ratio, das letzte Mittel. Dazu, welche Gründe gerechtfertigt sind, gibt es eine Mehrzahl von Bundesgerichtsurteilen. Wenn ein befristeter Arbeitsvertrag – wie bei Ihrem Bruder – im gemeinsamen Einvernehmen aufgelöst wird, muss sich der Arbeitnehmer bewusst sein, dass die Arbeitslosenkasse dies als «selbstverschuldete Arbeitslosigkeit» ansehen könnte. Dies ist im Falle Ihres Bruders passiert. Deshalb erhält er für eine gewisse Zeit keine Tagelöhner der Arbeitslosenkasse.

Zur Ärztin, auch wenn es (noch) nicht wehtut: Dies sind die wichtigsten Sorgen Sie vor. Bleiben Sie

Sich auf Herz und Nieren prüfen lassen, auch wenn man sich noch jung und fit fühlt: Das ist durchaus sinnvoll. work zeigt, welche Untersuchungen auch Gesunde regelmässig machen sollten. Damit Krankheiten möglichst früh entdeckt werden.

MARIA KÜNZLI

Soll ich mich medizinisch durchchecken lassen, wenn ich keine Beschwerden habe? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, und selbst Expertinnen und Experten sind sich uneinig, wer wann welche gesundheitlichen Vorsorgeuntersuchungen machen soll. Unbestritten ist hingegen, dass die Heilungschancen in der Regel höher sind, je früher eine

Für Blutdruck- und Cholesterinmessungen reicht der Gang in die Apotheke.

ernsthafte Krankheit entdeckt wird. Da jeder Mensch anders ist, etwa was die familiäre Vorbelastung für bestimmte Krankheiten oder den Lebensstil betrifft, sollte das Thema Check-up auf jeden Fall mit dem Hausarzt oder der Hausärztin besprochen werden.

UNBESTRITTEN SINNVOLL

Es gibt Vorsorgeuntersuchungen, die in jedem Fall sinnvoll sind, also unabhängig von möglichen Vorerkrankungen und Risikofaktoren. Auch diese Untersuchungen sollten mit der Ärztin oder dem Arzt abgesprochen und abgestimmt werden. Im allgemeinen fallen aber folgende Check-ups in diese Kategorie:

Blutdruckmessung

Ein zu hoher Blutdruck gilt als Risikofaktor für verschiedene Krankheiten wie zum Beispiel Hirnschlag oder Herzinfarkt. Das Tückische: Im Gegensatz zu einem zu tiefen Blutdruck verursacht ein zu hoher keine Beschwerden. Ein erhöhtes Risiko für Bluthochdruck besteht bei Übergewicht, Bewegungsmangel, Stress, übermässigem Alkoholkonsum und Rauchen. Generell wird Männern und Frauen ab 20

Jahren eine Blutdruckmessung alle drei bis fünf Jahre empfohlen. Dafür müssen Sie aber nicht extra in die Arztpraxis: Den Blutdruck können Sie sich auch in der Apotheke messen lassen.

Gebärmutterhals-Abstrich

Sexuell aktive Frauen ab 20 Jahren sollten regelmässig einen Gebärmutterhals-Abstrich machen lassen, den sogenannten PAP-Test. Damit können Gebärmutterhalskrebs und seine Vorstufen frühzeitig erkannt werden. Für Frauen ab 30 hingegen gilt der HPV-Test mittlerweile als die effektivere Methode: Mit ihm soll der Krebs deutlich früher und genauer diagnostiziert werden können. Denn eine chronische Infektion mit humanen Papillomaviren (HPV) ist die häufigste Ursache für Gebärmutterhalskrebs. In der Schweiz übernehmen die Grundversicherungen die Kosten für den HPV-Test allerdings (noch) nicht.

Besprechen Sie mit Ihrer Frauenärztin oder Ihrem Frauenarzt, welcher Test für Sie in welchen Abständen am sinnvollsten ist. Allgemein wird empfohlen, sich alle drei Jahre auf Gebärmutterhalskrebs testen zu lassen.

Cholesterinmessung

Erhöhte Cholesterinwerte können in Zusammenhang mit anderen Gesundheitsrisiken wie Übergewicht, Rauchen oder Bluthochdruck zu Herz- und Kreislauferkrankungen führen. Wie ein zu hoher Blutdruck wird auch ein hoher Cholesterinspiegel nur selten von selbst bemerkt. Daher sollten Sie ihn etwa ab Ihrem 40. Lebensjahr in einem Abstand von fünf Jahren messen lassen. Falls Sie ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen haben, sollten Sie auch hier die Vorsorgehäufigkeit mit einem Arzt oder einer Ärztin absprechen. Die Cholesterinmessung, bei der ein Tropfen Blut aus



FRAGEN SIE IHRE ÄRZTIN ODER IHREN APOTHEKER, wann Sie welche Vorsorgeuntersuchung machen sollten. FOTO: ISTOCK

der Fingerkuppe entnommen wird, kann in Arztpraxen und Apotheken gemacht werden.

Blutzuckerwert messen

Allen ab 40, vor allem aber Menschen mit Übergewicht empfiehlt sich eine Messung des Blutzuckerwerts. Auch bei Risikofaktoren

Vorsorge lohnt sich, etwa bei Gebärmutter- hals- und Darmkrebs.

wie Bluthochdruck oder Fällen von Diabetes Typ 2 in der Familie sollte dieser im Auge behalten werden. Sprechen Sie die Regelmässigkeit der Messung mit einer Fachperson ab. Es gibt verschiedene Arten von Tests: Solche, die bei nüchternem Magen den aktuellen Blutzuckerwert ermitteln,

und solche, deren Resultat als Mass für den Wert der vergangenen Wochen dient. Bei einem dritten Test wird geprüft, wie sich der Blutzuckerwert nach der Einnahme von Traubenzucker verändert. Diabetes-Tests werden von Arztpraxen sowie von Apotheken angeboten.

Augeninnendruck kontrollieren

Beim grünen Star, auch Glaukom genannt, werden die Fasern des Sehnervs geschädigt und sterben ab. Ursache dafür ist ein zu hoher Augeninnendruck. Unbehandelt führt grüner Star zur Erblindung. Wird er frühzeitig erkannt, kann die Krankheit aber gut behandelt werden. Da sich grüner Star unbemerkt entwickelt und über längere Zeit keine Beschwerden verursacht, sind Kontrollen alle zwei bis drei Jahre für Männer und

medizinischen Check-ups gesund!

ARBEITSGESUNDHEIT:

CHECK-UPS IM JOB

Wer bei der Arbeit einem gesundheitlichen Risiko oder besonderen Gefahren ausgesetzt ist, hat das Recht auf bestimmte arbeitsmedizinische Check-ups. Dazu gehören etwa Arbeitende, die mit Asbest in Kontakt kommen (Asbestsanierung) oder bei denen eine Gefahr für einen Gehörschaden besteht.

MELDEPFLICHT. Für die Durchführung dieser Untersuchungen ist der Arbeitgeber verantwortlich. Die Kosten tragen er oder die Krankenkasse. Die Suva übernimmt eine Aufsichts- und Kontrollfunktion und führt unter selbst Vorsorgeuntersuchungen durch. Vermutet ein Arbeitgeber eine erhöhte oder aussergewöhnliche Gesundheitsgefährdung für seine Mitarbeitenden, ist er verpflichtet, die Suva zu informieren und entsprechende Untersuchungen zu organisieren.

NACHTARBEIT. Obligatorische medizinische Untersuchungen gibt es zum Beispiel auch bei Chauffeuren und Lokomotivführerinnen. Hier sollen die regelmässigen Kontrollen nicht nur ihre Gesundheit schützen, sondern auch die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Auch bei Nachtarbeit sind gewisse Vorsorgeuntersuchungen Pflicht: Das Arbeitsgesetz schreibt vor, dass Nachtarbeit, die mit besonderen Gefahren und Belastungen verbunden ist, erst ausübt werden darf, wenn eine medizinische Untersuchung oder Beratung die Eignung bestätigt. (mk)

WORKTIPP

DAS ZAHLT DIE KRANKENKASSE

Welche Vorsorgeuntersuchungen die Grundversicherung bezahlt, schreibt der Bund in der Krankenpflege-Leistungsverordnung fest (unter: **rebrand.ly/check-up-liste**). Dazu gehören die gynäkologische Vorsorgeuntersuchung inklusive Krebsabstrich (PAP-Test) alle drei Jahre, die Darmspiegelung im Abstand von zehn Jahren für 50- bis 69-Jährige sowie das Mammographie-Screening (Brustkrebsvorsorge) alle zwei Jahre ab dem vollendeten 50. Lebensjahr. Bei bestimmten Risikofaktoren übernimmt die Grundversicherung weitere Voruntersuchungen. (mk)

dizinischen Fachperson häufiger und allenfalls auch früher durchgeführt werden. Studien zeigen zudem, dass der Krebs seit einigen Jahren immer öfter auch bei jüngeren Menschen auftritt.

Das müssen Sie wissen, wenn Ihnen eine Zahlungsaufforderung ins Prüfen Sie Mahnungen genau!

Von Mahngebühren, Verzugszinsen und angsteinflössenden Inkassounternehmen: So blicken Sie durch im Schweizer Mahnwesen – und wehren sich richtig!

MARIA KÜNZLI

Niemand mag sie, alle haben schon mal eine bekommen: die Mahnung. Viele bezahlen aus schlechtem Gewissen auch horrende Mahngebühren. Diese sind aber nicht in jedem Fall rechtmässig. Was Sie über das leidvolle Thema wissen müssen:

1 Lesen Sie die AGB

Obwohl das Gesetz keine Mahngebühren vorsieht, dürfen sie erhoben werden. Aber nur, wenn sie in den allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) vermerkt und in Franken und Kap-



FOTO: ADOBE STOCK

pen beziffert sind. Steht dort nichts von Mahngebühren, müssen sie nicht bezahlt werden. Auch bei allgemeinen Formulierungen wie «Bei Nichtbezahlen werden Mahngebühren erhoben» können Sie die zusätzliche Gebühr ignorieren. In diesem Fall

2 Zahlen Sie Verzugszinsen

Wenn eine Rechnung ge-

mahnt, werden neben Mahngebühren auch Verzugszinsen verrechnet. Im Gegensatz zu den Mahngebühren sind diese gesetzlich geregelt. Sie werden fällig, sobald die Zahlungsfrist abgelaufen ist. Ein Verzugszins bis zu fünf Prozent auf dem geschuldeten Betrag muss nicht in den AGB vermerkt werden. Hier müssen Sie in jedem Fall bezahlen. Verlangt ein Unternehmen hingegen mehr als fünf Prozent, muss dies im Kaufvertrag oder in den allgemeinen Geschäftsbedingungen festgehalten sein. Sonst ist die Forderung ungültig.

3 Kontrollieren Sie Rechnungen von Inkassounternehmen

Viele Firmen beauftragen für die Zahlungseintreibung ein privates Inkassobüro. Dabei wird oft versucht, die Kosten für das

Haus flattert

Inkassounternehmen direkt beim Kunden oder bei der Kundin wieder reinzuholen –

Kommunizieren Sie immer schriftlich, damit Sie notfalls Belege haben.

zum Beispiel, indem neben Mahnspesen ein sogenannter «Verzugsschaden» in Rechnung gestellt wird. Das ist nicht erlaubt!

Begegnen Ihnen auf der Zahlungsaufforderung Begriffe wie «Verzugsschaden» in Rechnung gestellt wird. Das ist nicht erlaubt!

Sie schulden, und schreiben Sie dem Inkassobüro und der Firma, dass Sie den geschuldeten Betrag überwiesen haben, die zusätzlichen Gebühren aber nicht bezahlen werden, da sie nicht rechtmässig seien.

4 Schreiben Sie, aber unter- schreiben Sie nicht alles

Kommunizieren Sie mit einem Inkassounternehmen immer schriftlich. Telefonische Vereinbarungen lassen sich später nicht belegen.

Manchmal schicken Inkassobüros vorformulierte Vereinbarungen für Ratenzahlungen. Unterschreiben Sie diese nicht! Oft verstecken sich darin nämlich zusätzliche Kosten und Gebühren, die nicht in Rechnung gestellt werden dürfen. Tun Sie besser

Folgendes: Wenn Sie den geschuldeten Grundbetrag nicht im ganzen bezahlen können, wenden Sie sich an die Schuldenberatung in Ihrer Nähe (siehe Spalte rechts). Sie kann Ihnen bei der Formulierung eines realistischen Zahlungsvorschlags helfen.

5 Achtung: Für die Betreuung braucht's keine Mahnung Normalerweise bekommen Sie drei Mahnungen, bevor die Betreuung eingeleitet wird. Laut Gesetz ist das aber gar nicht nötig. Schon einen Tag nach Ablauf der Zahlungsfrist darf der Gläubiger die Betreuung einleiten. Die meisten Unternehmen tun das aber nicht, da sie ihre Kundinnen und Kundinnen nicht vergraulen wollen.

SCHULDENBERATUNG HILFE NAHT

Häufen sich Rechnungen und Mahnungen und drohen Betreibungen, kann das sehr beängstigend sein. Bei der Rechts- und Schuldenberatung erhalten Sie schnell und unkompliziert Hilfe.

GRATIS-HOTLINE. Bei der Schuldenberatung Schweiz können Sie sich unter 0800 708 708 gratis telefonisch beraten lassen. Über die Website **schulden.ch** finden Sie die zuständige Anlaufstelle in Ihrem Kanton. Die Caritas Schweiz bietet ausserdem eine anonyme Onlineberatung an: **caritas-schuldenberatung.ch**. (mk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Eine Gratis-Alternative zu Word, Excel & Co.



BUNTE DIAGRAMME BAUEN: Geht auch mit Gratis-Programmen. FOTO: ISTOCK

Für die Arbeit am Computer brauchen Sie nicht zwingend die kostenpflichtigen Word- oder Excel-Programme. Es gibt zahlreiche kostenlose Alternativen, zum Beispiel Libre Office. Wir sagen Ihnen, was diese Software taugt:

Bedienungselemente (4 von 5 Sternen). Die wichtigsten Bedienelemente – wie Schriftart, Unterstreichen, Einfügen, links- oder rechtsbündig, Rechtschreibprüfung – sind zwar anders angeordnet als in Microsoft Office, liegen jedoch alle übersichtlich. Sie können die Anordnung unter «Ansicht» = «Benutzeroberfläche» auch selbst nach Ihren Wünschen ändern.

Dateiformate (4 von 5 Sternen). Libre Office speichert Dateien standardmässig in einem anderen Format als Microsoft Office, nämlich im Format «.odt» oder «.ods». Sie können aber einstellen, dass Ihre Dateien in den verbreiteten Formaten «.docx» für Texte und «.xlsx» für Tabellen gespeichert werden.

Kompatibilität (3 von 5 Sternen). Texte mit Bildern oder Tabellen mit Diagrammen lassen sich im Libre Office genauso öffnen wie in den Microsoft-Office-Programmen. Sie sehen auf beiden Systemen praktisch identisch aus. Schwieriger ist es bei aufwendigen Dokumenten mit Hintergründen oder speziell formatierten Schriften. Schicken Sie ein solches Dokument an eine Kollegin, die nicht wie Sie mit Libre Office, sondern mit Microsoft Office arbeitet, werden die Texte beim Öffnen oft verschoben oder verändert.

Hilfefunktion (3 von 5 Sternen). Die Hilfeseiten mit zahlreichen Anleitungen sind einigermaßen übersichtlich gestaltet. Leider fehlen Illustrationen.

Datenspione (5 von 5 Sternen). Der grosse Vorteil von Libre Office: Das Programm ist eine sogenannte Open-Source-Software. Das heisst: Der Programmcode ist für alle ersichtlich. Daher lassen sich in der Software keine Spione verstecken, die Daten von Nutzerinnen und Nutzern an die Hersteller schicken. MARC MAIR-NOACK

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Urintest wegen Drogenverdachts?

Ich schliesse im Sommer meine Lehre auf dem Bau ab. Vor kurzem hat mich mein Chef abends mit meinen Kollegen am See gesehen und meint, Mariluana gerochen zu haben. Jetzt verlangt er einen Urintest und droht mit Kündigung, wenn ich es verweigere. Darf er das?

Drogeneinfluss auf die Baustelle kommt. In der Praxis können solche Situationen aber komplizierter sein. Ich rate dir deshalb, dich bei der Unia in deiner Region zu melden und Unterstützung zu holen. So oder so muss in der Lehre jeder Urintest ärztlich durchgeführt werden. Und: Das Resultat des Urintests ist nicht bindend. Die Ärztin darf dem Chef nur ihre Einschätzung abgeben, ob du tauglich für die Lehre seist. »



Julius Kopp, Jugendsekretär.

« Grundsätzlich darf ein Chef nur einen Urintest verlangen, wenn wegen Drogenkonsums ein Sicherheitsrisiko für den Mitarbeitenden selbst oder seine Arbeitskolleginnen und -kollegen besteht. Der Test darf aber verweigert werden. Die Kündigung aussprechen kann der Chef nur, wenn er ein ganz konkretes Sicherheitsrisiko nachweisen kann. In deinem Fall zum Beispiel, dass du unter

Hast auch du eine Frage an den Unia-Jugendsekretär? Schreib an **lehre@unia.ch**

workrätzel

3 Coop-Gutscheine à je Fr.100.– zu gewinnen!



**Die Gutscheine können bei Coop
sowie Unternehmen der
Coop-Gruppe eingelöst werden.**

**Coop Rechtsschutz wünscht
Ihnen einen guten Einkauf!**

coop rechtsschutz
einfach anders.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 5
Das Lösungswort lautete: ARBEITSSTELLE



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Sonja Märki, Röthenbach BE. Herzlichen Glückwunsch!

ver- zichten	↙	↘	sächl. Fürwort	Comic- figur: Papa ...	pigment- stofffar- me Tiere	↙	↘	weibl. Fabelwe- sen Mz.	span. f. Rotwein: VINO ...	Skat- begriff	Schnee- hütten der Inuit	↘	eh. Post- u. Tel.- Betrieb	↙	Fakul- tätswor- steher	starkes Ver- langen	Ab- schieds- wort	Ausruf
↗	9			↘				Fuss- stösse	↘						Mutter- schwein	↗		
kleine Musik- gruppe		Zch. f. Cadmium	Koch- stellen		bezwun- gen, unter- legen	↗					7		Beruf in der Textil- industrie	↘	Eidg. Depart- ement d. Innen	↗		
Italiens neue PD- Chefin (Ely)	↗		↘					kurze Werbe- filme		Schar- nierteil		In der Kritik; Daru- ...	↗	1				eh. engl. Rock- gruppe
↗					Gast- häuser	↘		hohe krautige Pflanzen	↗						Klebe- etikett		d. Atom- kern be- treffend	
kleines Nähr- werk- zeug		Kult- hand- lungen		Zins- scheine e. Aktie	↗					4		hohe Männer- sing- stimme	↘		Strom durch Sibirien	↗		
flüch- tiger Brenn- stoff	↗		↘			8		dazu, oben- drein	↘	poet.: Pferde		Wund- starr- krampf	↗				5	
↗				Betriebs- system f. mobile Geräte	↘	sehr ehrgei- ziger Mensch	↗								belg. Stadt		Abk.: künstli- che Intel- ligenz	
Bein- gelenk	elektron. Tanz- musik		Schwe- beteil- chen	↗					2		Lehre vom Takt (Musik)		Geschäf- te (engl.)	↗				
Jugend- liche (engl.)	↗					Zucker- erbse		Unter- gruppe d. Roma		beweg- lich	↗					Buch der Bibel		Sagen- held
↗			Nadel- baum, Kiefern- art	↘	Bank- ange- stellter	↗							An- tennen- stange	↘	Pferde- zuruf: links!	↗		
nord. Herden- tier		Schlag- ader	↗							3./4. Fall von wir		Stabs- offiziere	↗			10		
Geliebte des Leander	↗	3			auf diese Weise, derart	↘		Nasal- laut		städtisch	↗				Initialen e. CH- Tennis- spielers	↘		Identi- tätskarte (Kw.)
span. Provinz- haupt- stadt		abge- setzter IGB- Chef	↗							6		Ein Putz- ... am Frauen- tag	↗	11				
↗						scherzh.: US- Soldat	↗		altes dt. Karten- spiel	↘					lang- weilig, ohne Würze	↘		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	-----------	-----------

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 6. April 2023

INSERAT



Neuer Video-Podcast für Arbeitnehmende der Industrie

Schau rein! Ab dem 3. April auf unserer Website



WORKLESERFOTO



Frühlingssonne tanken

WANN 22. März 2023
WO Burgdorf BE
WAS Hund beim Sonnenbaden auf einer Steinbank.
Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

Elf Frauen, ein Skandal: Sexuelle Belästigung im Gastgewerbe

Angebaggert, angefasst und angespuckt

14. Juni 2023

FRAUENSTREIK

Neuen Sexualstrafrecht «Nein heisst Nein»

Die Revision des Sexualstrafrechts ist im letzten Schritt. Warum die «Nein heisst Nein»-Lösung vom Parlament eine gute Kompromiss ist.

14. Juni 2023

**WORK 5 / 17.3.2023: ANGEBA-
GERT, ANGEFASST UND ANGESPUCKT**

Schutz nötig

Das sind sehr primitive Menschen. Da könnte ich auch noch ein Liedchen davon singen, was da bei Firmen so abgeht. Das habe ich selber erlebt. Wenn ich ein Hotel, Restaurant usw. hätte, würde ich solche Gäste hochkantig rauswerfen. Zum Schutz meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Solche Männer muss man anzeigen. Da bin ich mit SP-Politikerin Tamara Funicello gleicher Meinung, dass auch die Strafen viel zu niedrig sind. Zum Glück sind nicht alle Männer so.

FRANZISKA RUTH HULLIGER, VIA FACEBOOK

Mehr Respekt!

Es ist eine absolute Frechheit und Respektlosigkeit, das war es schon immer. Und wenn es sogar Frauen gibt, die das nicht verurteilen, dann frage ich mich, in welchem Jahrhundert wir eigentlich leben. Es geht nicht darum, ob eine Frau

schlagfertig genug reagieren kann, wenn ein Primitivling sich an ihr vergreift. Jede Frau verdient in ihrem Job wie auch privat Respekt, Punkt.

RAHEL HASENFRATZ, VIA FACEBOOK

Arbeitgeber schauen weg

Das kenne ich auch... Grabschen und dann noch so frech sein, mich einfach zu küssen. Da schaut der Arbeitgeber gerne weg, Hauptsache der Umsatz stimmt am Ende des Tages.

FABIENNE VANESSA GERLACH, VIA FACEBOOK

Beschämend

Manche Männer lernen es nie! Beschämend.

VRENI GRAMELSBACHER, VIA FACEBOOK

Nicht lustig

Er fand das bestimmt lustig...

SABINE KELLER, VIA FACEBOOK

**WORK 5 / 17.3.2023:
DIE ANTI-SOZIALEN**

Ab an die Urne

Angriffe auf die Mietenden würden schon im Parlament scheitern, wäre die Mieterschaft stärker vertreten. Aber dafür müsste man sich mit der Politik beschäftigen und dann als Konsequenz bei den Wahlen aktiv sein – und nicht im «Brot und Spiele»-Stil die Wahlen verschlafen! Solange das «geplagte» Volk bei Wahlen zu zwei Dritteln bis fast 70 Prozent der Urne fernbleibt, wird sich nichts ändern! Die sogenannten Bürgerlichen können entspannt und freudvoll den nächsten Wahlen entgegensehen!

EDI LEU, VIA WORKZEITUNG.CH

Volksverräter-Parteien

Wie ist es möglich, dass das Volk immer wieder solche Volksverräter wählt? Stellen Sie sich einfach die Frage, welche Partei oder welche Personen in den letzten Jahren wirklich einmal etwas für das durchschnittliche Volk in der Schweiz gemacht haben. Dazu gehören ganz sicher keine der Parteien SVP, FDP und die Deckmäntelchen-Grünen der GLP.

MARCEL WUNDERLI, VIA FACEBOOK

Bald im Wohnwagen leben?

Wenn die Mieten teurer werden, dann kann ich bald einen Wohnwagen mieten. Diese bürgerlichen Parteien sollten sich schämen. Die wohnen in feudalen Häusern und

Eigentumswohnungen. Das normale Volk will man möglichst kleinhalten.

MONIKA GRÜNIG-SCHOY, VIA FACEBOOK

Zu vergesslich

Wetten, das Volk weiss bei den nächsten Wahlen nicht mehr, welche Politiker und Parteien die Mieten rauf- und die Renten runterschrauben wollen, um das eigene Portemonnaie zu bewirtschaften? Und lässt sich mit faulen Kompromissen wieder verarschen wie bei der letzten AHV-Revision?

RETO CORRADO, VIA FACEBOOK

**WORK 4 / 3.3.2023: «DAMIT ICH
GESUND WERDEN KANN, MUSSTE
ICH MEINE LEHRE ABBRECHEN»**

Schwarze Liste

Hoffentlich kommt der Lehrbetrieb auf eine schwarze Liste.

MARGRIT DOBLER, VIA FACEBOOK

**WORK 4 / 3.3.2023:
300 000 FRANKEN FÜR 11 SITZUNGEN**

Wer hat, der bekommt

Den einen gibt's der Herr im Schlaf...

ALEX MUHEIM, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**



ALESSANDRA
CESARI
**SERVICE
MIT KULTUR**

Alessandra Cesari wurde in Mailand geboren und wuchs auf dem Land in einer politisch engagierten Familie auf. Ihr Vater, der schon früh starb, war Elektriker und Gewerkschafter bei der italienischen Staatsbahn. Ihre Mutter ist überzeugte Feministin. Cesari studierte in Bologna Soziologie mit Schwerpunkt Menschenrechte. Als sich die politische Situation in Italien verschlechterte, entschloss sie sich zur Emigration – in die Schweiz, wo sie seither mit ihrem Mann in der Stadt Zürich lebt.

DOK-ABENDE. Cesari sagt: «Auch die Schweiz hat viele Probleme, doch hier fühle ich mich gut aufgehoben.» Sie schätzt ihre Servicearbeit in den Gemeinschaftszentren Buchegg und Schindlergut und ihre Tätigkeit als Kulturarbeitlerin unter italienischen Landsleuten. Sie veranstaltet Abende mit Dokumentarfilmen, zum Beispiel im Lokal «Punto de encuentro» an der Josefstrasse, zusammen mit Trägern wie dem Verein «Istituto Italiano di Cultura di Zurigo» oder der gemeinnützigen Kulturorganisation «La Fabbrica di Zurigo».



Alessandra Cesari (49) serviert ihren Gästen nicht nur Getränke, sondern auch Film-Tipps aus der Emilia-Romagna

Italianità in der Quartierbeiz

Alessandra Cesari hat im Gastgewerbe schon alles erlebt: Missgunst, mangelnden Respekt, schlechte Bezahlung. Doch in ihrem neuen Job, abseits des hochpolierten Cüpli-Zürich, fühlt sie sich endlich angekommen.

RALPH HUG | FOTOS MICHAEL SCHOCH

Eigentlich hätte sie an diesem Tag freigeht. Doch unglücklicherweise wurde die Chefin krank. Deshalb muss Alessandra Cesari am vereinbarten Interviewtermin arbeiten. Macht nichts, findet die aufgestellte Italienerin. «Ich komme gleich», ruft sie hinter der Theke hervor, als work um 14 Uhr im Gemeinschaftszentrum (GZ) Buchegg erscheint. Einer echten Institution in Zürich: als sozialer und kultureller Treffpunkt mit Veranstaltungen, Bildungsanlässen und Workshops. Insgesamt gibt es 17 solche Zentren. Sie sind Inseln der Solidarität im hochpolierten Cüpli-Zürich.

HERZBLUT. Es ist noch nicht viel los in der Cafeteria. Nach und nach trudeln junge Mütter mit ihren Babies und Kindern ein. Sie bestellen Kaffee und Kuchen, halten die Kleinen im Zaum oder klappen den Laptop auf. Alessandra Cesari bedient sie alle sofort. Und erzählt work gleichzeitig ihre Geschichte – auch mal quer durch die Beiz hindurch.

Cesaris Auftritt ist Italianità pur: offen, unkompliziert, erzählfreudig und optimistisch. Sie legt direkt los, als wäre der Journalist ein alter Bekannter. Manchmal kippt sie spontan in ihre Muttersprache und findet erst nach einer Weile wieder heraus. An ihrem Deutsch feilt sie aber hartnäckig. Schliesslich will sie mit den Besucherinnen und Besuchern des Zentrums ins Gespräch kommen und etwas von ihnen erfahren. Cesari ist sichtlich glücklich in ihrem jetzigen Job: «Hier herrscht ein gemeinschaftlicher Geist. Das ist wunderbar, ich lerne viele tolle Leute kennen!» Als

sie vor fünf Jahren aus dem krisengebeutelten Italien in die Schweiz kam, arbeitete Alessandra Cesari als Kellnerin in verschiedenen Restaurants. Doch dort herrschte ein anderer Geist. Cesari erlebte Missgunst, mangelnden Respekt, schlechte Bezahlung und oft miese Stimmung. «Diese Branche hat ein grosses Problem», sagt die 49jährige. Setzt aber gleich hinzu, dass es in Italien überhaupt nicht besser sei.

Ziemlich abgestellt hat es ihr aber als Verkäuferin in einer Schweizer Modeboutique. Der Chef zahlte die Löhne nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht, ebenso wenig die Sozialabgaben. Alessandra Cesari wehrte sich, schaltete die Unia ein und erstritt zusammen mit Kolleginnen den ausstehenden Lohn. Es dauerte eine Weile, aber: «Am Schluss haben wir gesiegt!» Cesari ist eine Herzblut-Gewerkschafterin und auch in der Unia-Frauengruppe aktiv, wo es derzeit nur ein Thema gibt: den Frauenstreik am 14. Juni. Sie sagt: «Natürlich hoffen wir auf einen Grosseffort, wir tun alles dafür.»

HEIMAT. Die Arbeit im Service ist Cesaris Brotjob. Im Gemeinschaftszentrum Buchegg hat sie ein Teilzeitpensum im Stundenlohn, dazu kommt ein weiteres Pensum im Gemeinschaftszentrum Schindlergut. Der kulturelle Aspekt der Gemeinschaftszentren passt gut zu Cesari: In ihrer Freizeit ist sie als Projektkoordinatorin in der italienisch-migrantischen Kulturszene aktiv. Cesari organisiert und vermittelt Dokumentarfilme aus ihrer Heimat, der Emilia-Romagna. Dies mit der Unterstützung des Dokumentarfilmverbands (D.E.R.) und fi-

nanziert durch öffentliche Mittel dieser Region. Kürzlich brachte Cesari etwa das Filmportrait des legendären Musikers Secondo Casadei (1906–1971) auf die Leinwand – nicht nur in Zürich, sondern auch in der Casa del Popolo in Bellinzona sowie an anderen Orten in der Schweiz. Zu Casadeis Klängen tanzten früher Tausende von Italienerinnen und Italiener an Dorffesten im Freien. Er galt als derjenige, der dem amerikanischen Boogie auf typisch italienische Weise die Stirn bot – mit viel Schmelz, Herzschmerz und in der Art des argentinischen Tangos. Cesaris Eltern gehörten zu jenen, die diese Konzerte im Sommer jeweils mit Ungeduld erwarteten.

HOFFNUNG. Der letzte Film, der durch Cesaris Zutun zu sehen war, ist das Werk «Hotel Splendid» von Mauro Bucci. Er zeigt das Leben von afrikanischen Geflüchteten, die in einer italienischen Kleinstadt am Meer auf eine bessere Zukunft hoffen. Das Hotel Splendid ist ihre Unterkunft. Für Cesari ein Dokument höchster Aktualität angesichts der fremdenfeindlichen Politik, die von Italiens Ministerpräsidentin und Neofaschistin Georgia Meloni gerade weiter befeuert wird.

Auch Alessandra Cesari hofft auf eine gute Zukunft – und zwar in der Schweiz. Geht alles gut, erhält sie bald die feste Niederlassungsbewilligung. Sie lacht und verabschiedet work mit einem herzlichen «Ciao!». Nicht ohne einem Kollegen zuzuraunen, dass es hier zwar um ein Portrait über sie und ihre Arbeit gehe. «Aber das ist ja auch Werbung für das Gemeinschaftszentrum, nicht wahr?»



ALLES DA FÜR JUNG UND ALT: Im Gemeinschaftszentrum Buchegg sind alle willkommen, ohne Konsumationszwang und zu günstigen Preisen. Diese Offenheit schätzt Gastro-Frau Alessandra Cesari, die seit letztem Herbst hier arbeitet.

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion: Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion: Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer: Hans Baumann, Daniel Behruzi, Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, Marius Käch, Sandra Küenzi, Maria Künzli, Peter Stäuber, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout: Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektur: Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. Sekretariat: Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing: Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck: CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement: Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst: Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.